

Wöchentlich 80 Pf., monatlich 3,00 M. im voraus zahlbar. ...

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“.

Vorwärts Berliner Volksblatt

Die einseitige Konspiration des „Klein-Königs“ ...

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, Dt. S. u. Disc.-Ges., Depositenk., Jerusalemstr. 65/66.

Der Brief an Brüning. Sozialdemokratie fordert Senkung der Brotgetreidezölle.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat an den Reichskanzler folgendes Schreiben gerichtet:

„Seit wir mit unserem Schreiben vom 22. April Ihre Aufmerksamkeit auf die Welle der Brotpreiserhöhungen gelenkt und Maßnahmen der Reichsregierung auf Grund der Bestimmungen des Zollgesetzes vom März 1931 gefordert haben, ist die Aufwärtsbewegung der Brotpreise an vielen Orten weiter fortgeschritten.“

Angesichts der auch in den Sommermonaten kaum verringerten Massenarbeitslosigkeit und der ständigen Herabdrückung der Einkommen der breiten Massen der arbeitenden Bevölkerung halten wir eine längere Verzögerung der Brotpreissenkung für unerträglich. Wir sind der Meinung, daß es der Reichsregierung an der Macht, die Voraussetzungen für eine allgemeine Senkung der erhöhten Brotpreise zu schaffen, nicht fehlt, daß sie aber dieses Ziel am raschesten und wirksamsten auf dem Wege der allgemeinen Herabsetzung der Zölle für Brotgetreide und für die mit dem Roggenverbrauch konkurrierenden Futtermittel erreichen kann.

Diese Mahnung des Vorstandes der sozialdemokratischen Fraktion an die Reichsregierung war notwendig, weil bisher verfaßt worden ist, wirklich durchgreifende Maßnahmen anzuwenden, um den seit vier Wochen und mehr in der überwiegenden Mehrzahl der großen Städte erhöhten Brotpreis wieder auf den alten Stand zu senken.

Das Reichsernährungsministerium hat sich offensichtlich über das Gesetz, das ihm einer Brotpreiserhöhung vorzubeugen vorschreibt, hinweggesetzt und es an Energie im Brotpreiskampf fehlen lassen. Es hat lediglich völlig unzulängliche Vorschläge gemacht, die zu keinem Re-

sultat führen konnten. Wäre das Reichsernährungsministerium den schon seit Wochen geäußerten Vorschlägen der Sozialdemokratie gefolgt, so wäre die Brotpreiserhöhung schon längst gebrochen, und die berechtigste Aufregung aller Verbraucherkreise über die Nichterhaltung der Brotpreisklausel wäre unnötig gewesen. Jetzt kann nur die Forderung des Vorstandes der Reichstagsfraktion helfen. Es muß eine Senkung der Futtermittelzölle vorgenommen werden, um die Einfuhr an Gerste zu erleichtern. Nur durch eine Verbilligung des Futtergetreides ist es möglich, daß die noch bei den Landwirten lagernden Borräte an Roggen nicht verfaulen, sondern an die Mühlen verteilt werden.

Außerdem ist aber auch die Senkung des Roggenzolls notwendig; denn bei der auch dem Reichsernährungsministerium bekannten, wenn auch offen nicht zugegebenen Knappheit der Roggenvorräte ist damit zu rechnen, daß, je mehr die Borräte abnehmen, die Roggenpreise steigen. Die Landwirtschaft wird also, wenn der Roggenzoll nicht gesenkt wird, mit dem Verlauf des Roggens warten, um möglichst hohe Preise erzielen zu können. Aus diesem Grunde muß daher bis zur neuen Ernte die Preisentwicklung auf dem Roggenmarkt abwärts gerichtet sein, um möglichst bald alle Borräte, die noch bei der Landwirtschaft lagern, auf den Markt gelangen zu lassen. Das kann nicht allein durch die Abgabe verbilligten Regierungsroggens an die Mühlen in den einzelnen Städten erzielt werden, sondern nur durch eine Senkung des Roggenzollens.

Brotfabrikanten und Nachtbrotverbot.

Mit der Weigerung der Brotfabrikanten, den Brotpreis den Bäckereibetrieben anzupassen, wird abermals die Forderung verbunden, das gesetzliche Nachtbrotverbot zu beseitigen. Es wird behauptet, erst dann würden die Brotfabrikanten in der Lage sein, den Brotpreis um 8 bis 10 Proz. herabzusetzen. Demgegenüber stellt der Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter fest, daß die Gesamterstellungskosten eines 1250 Gramm schweren Brotes 15 Proz. des Wertes betragen, davon sind 7 Proz. für Löhne ermittelt, und die verbleibenden 8 Proz. entfallen auf sonstige Unkosten, wie Licht, Kraft, Amortisation usw. Durch diese Feststellung ist bewiesen, daß die Brotfabrikanten auf Dumme spekulieren, in der Erwartung, Unterstützung für ihre reaktionäre Forderung — Aufhebung des Nachtbrotverbots — zu finden. Den Brotfabrikanten kommt es lediglich darauf an, eine soziale Errungenschaft zu beseitigen.

Schwierige Verfassungsfrage.

Drei Bremer Hafenkreuzler legen ihr Bürgerschaftsmandat nieder. — Keine Nachfolger mehr auf der Naziliste!

Bremen, 22. Mai. (Eigener Bericht.)

Zu Beginn der heutigen Bürgerschaftssitzung gab es eine Sensation, als der Präsident mitteilte, daß drei nationalsozialistische Abgeordnete aus der Bürgerschaft ausgetreten sind. Der eine von ihnen, Carlsen, trat aus, weil sich auf Grund von Mitteilungen in der sozialdemokratischen „Volkszeitung“ herausgestellt hatte, daß er mehrfach kriminell verurteilt war. Für die Nazis ist dies ein um so empfindlicherer Schlag, als er noch im Januar von der Hitler-Partei auf Befehl von Hitler und Hauptmann Göring als Kandidat für den Senat vorgeschlagen wurde. In der vorletzten Sitzung kondidierte er dann noch für den Posten eines Vizepräsidenten der Bürgerschaft, wurde aber auf Einspruch der Volkspartei zu Fall gebracht.

Ein zweiter Abgeordneter verschwand lang- und klinglos aus der Bürgerschaft, weil auch ihm in Bremer Parteiblättern kriminelle Vergehen vorgeworfen werden mußten.

Eine besonders starke Blamose ist dann der Austritt des Naziabgeordneten Geude, der in einem offenen Brief an den Präsidenten sich von der Hitler-Partei lossagte mit der Begründung, daß sie „verbanzt und korrupt“ sei und mit jenen bürgerlichen Parteien Kuhhandel treibe, die sie angeblich bekämpft. Der unversäufelte Nationalsozialismus sei nur bei Stennes und Otto Straßer zu finden, nicht aber bei Adolf Hitler.

Für die drei auscheidenden Nationalsozialisten ist bereits kein genügender Ersatz auf der Kandidatenliste der Hitler-Partei vorhanden, so daß die schwierige Verfassungsfrage entsteht,

was geschehen soll, wenn die Kandidatenliste einer Fraktion erschöpft ist, während die bremische Verfassung die Zahl von 120 Bürgerschaftsmitgliedern bindend vorschreibt.

Demonstrationsverbot in Württemberg.

Unter dem Eindruck der Hafenkreuzerausfahrten.

Das württembergische Innenministerium hat mit sofortiger Wirkung auf Grund des Artikels 123, Absatz 2 der Reichsverfassung in Verbindung mit der Rotverordnung des Reichspräsidenten wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit bis zum 30. September 1931 für Württemberg alle politischen Versammlungen unter freiem Himmel einschließlich der Aufzüge und Propagandafahrten verboten. Unter Propagandafahrten fallen nicht nur Fahrten mit Lastwagen, sondern auch solche mit anderen Verkehrsmitteln.

Diese Verfügung ist offensichtlich unter dem Eindruck der Ausfahrten ergangen, die am Donnerstagabend in Stuttgart auf Grund nationalsozialistischer Propagationen stattfanden, und bei denen die Polizei so schmachlich versagte und sich als unfähig erwies, Zusammenstöße durch geeignete vorbeugende Maßnahmen zu verhüten.

Nichtwählen als Protest.

Vorschlag eines ungarischen Sozialisten.

Budapest, 22. Mai.

Im Abgeordnetenhaus richtete der sozialdemokratische Abg. Propper an die Opposition die Aufforderung, sich an den künftigen Wahlen nicht zu beteiligen, falls diese unter Beibehaltung des derzeitigen Stimmrechts vor sich gehen sollten, das größtenteils öffentlich-mündliche Wahl bedeutet. Ein solcher Kampf sei aussichtslos, die Opposition habe die Pflicht, gegen diesen verfassungswidrigen Zustand durch Wahlenthaltung zu demonstrieren. (Lärmende Zurufe.)

Vor dem Parteitag.

Eine neue Front der Partei?

Von Paul Löbe.

Der Leipziger Parteitag wird wichtige Entscheidungen über die weitere Haltung der deutschen Sozialdemokratie treffen müssen, die mit den beiden ersten Gegenständen seiner Tagesordnung: Kampf gegen den Faschismus und die wirtschaftliche Krise, zusammenhängen. Dabei dürfte sich bald zeigen, in welcher unlösbarer Wechselwirkung die beiden Probleme stehen.

Nach Hitlers Erklärungen zum Privateigentum und Feders zum Sozialismus, nach dem engen Bündnis mit Hugenberg und der Beschwichtigungsoption bei den Großkapitalisten, nach der Abstimmung zum Young-Plan und dem Anwurf Stennes', nach den Anbahnungen des Oberst Köhm bei der Reichswehr und dem Fußfall Göhrings in Rom kann über die Absicht der nationalsozialistischen Führung kein Zweifel mehr obwalten. Sie will Eingliederung ihrer einst so „revolutionären“ Partei in die Front der bürgerlichen Parteien, denen man vorher ihre Versumpfung und Verrottung bescheinigte, wenn sie nicht in Goebbels „Angriff“ als „stinkender Misthaufen“ bezeichnet wurden. Hatte man nach dem 14. September noch mit dem Gedanken einer Nachahmung des „Marsches auf Rom“ gespielt, so kann jetzt an der Absicht, zunächst einmal „auf legalem“ Wege zur Macht zu gelangen, kein Zweifel mehr sein.

Doch diese notgedrungene Legalität mindert die Gefahren des deutschen Faschismus für die Arbeiterklasse nicht, im Gegenteil, sie ist für ihre heutigen Befürworter zweifelsohne die klügere Taktik gegenüber dem Revolutionsgeschrei von vorgestern. Der Nationalsozialismus bietet sich damit offen als Heeresleit- und Schutztruppe des Kapitalismus an, will in seine politische Vertretung aufgenommen sein und so den Teil der Macht erreichen, auf den er Anspruch zu haben meint.

Sind die alten Parteien bereit, ihm diesen Anteil zu gewähren oder sind sie imstande, ihm diesen auf die Dauer zu verweigern? Darüber darf sich die Sozialdemokratie keinem Zweifel hingeben: Alle Wahlen nach dem 14. September zeigen ein einheitliches Bild; die bürgerliche Mitte und Rechte mit Ausnahme des Zentrums wird immer weiter zernagt und ausgerieben, geht zahlenmäßig rapide zurück und wird bald nicht mehr imstande sein, Mehrheiten mit links gegen die Nationalsozialisten zu bilden, da ja die Kommunisten auf der äußersten Linken dafür ausfallen. Die „Linke“ bleibt unverändert stark, aber es gibt leichte Verschiebungen zugunsten der Sozialdemokratie, die ja nun schon über ein Jahrzehnt den „Rut zur Unpopularität“ aufbringen muß. Daneben schwächt aber der vehemente Angriff der Nazis auch den Abwehrwillen der Mitte. Diese sucht sich durch Nachgiebigkeit gegen rechts zu retten, und so bleibt es fraglich, wie lange das Zentrum als einzige bürgerliche Partei diese Entwicklung aufzuhalten vermag. Mit der Möglichkeit stark veränderter Konstellationen jedenfalls muß die deutsche Sozialdemokratie auch nach den Preußenwahlen rechnen. Die unglaublich unsozialen Ausführungen der volksparteilichen Führung lassen es zweifelhaft erscheinen, ob die Ernüchterung ihrer thüringischen Parteifreunde auf das Gesamtgebiet des Reiches sich überträgt und lange vorhält.

Die Sozialdemokratie hat den illegalen und legalen „Marsch auf Berlin“ im letzten halben Jahre durch ihre Aktion und ihre Taktik zu verhindern vermocht durch die Taktik der Reichstagsfraktion, die den Desperados die Türe nicht geöffnet hat, und mehr noch durch die gewaltige Aktivität des großen Parteikörpers, der sowohl der Rechten wie dem mächtigen Teile der Mitte und der „Wirtschaft“ zeigt, daß das deutsche Proletariat sich nicht so widerstandslos überrennen läßt, wie es vor zehn Jahren in Italien der Fall war.

Die Partei wird den Moment nicht ins Auge fassen müssen, in dem der erste Teil der Abwehr, die parlamentarische Taktik, nicht mehr wirksam sein kann und sie sich mit allen ihren Vorbereitungen und Handlungen auf die Abwehr in der zweiten Form einstellen muß. Der Parteitag muß das klar erkennen, die Partei muß sich rüsten, um von der kommenden Umgruppierung nicht überrascht zu werden. Wir wehrten bis heute den Faschismus ab im Gefolge eines bürgerlichen Kabinetts, weil etwas anderes bisher nicht möglich war. Unsere geschichtliche Aufgabe, nach der Stärke unserer Partei und den Ideen, die wir vertreten, wird es sein, die Führung und den Kern dieser Abwehr zu übernehmen, hinter der sich sammelt, was etwa von anti-

fälschlichen Strömungen und Gruppen im Lande noch vorhanden ist.

Zur gleichen Haltung drängt uns mit jedem Tag mehr der Verlauf der wirtschaftlichen Krise, bei der noch immer keine sicheren Anzeichen einer Milderung zu verspüren sind. Wenn wir bisher dulden mußten und nicht verhindern konnten, daß ein beträchtlicher Teil der Opfer dieser Krise von den Lohnempfängern und Unterstützten getragen wurde, so geschah das in der bestimmten Erwartung, diese Nachteile bei der nächsten Besserung der Konjunktur wieder auszuweichen zu können. Von dieser Besserung ist aber weit und breit in der Welt nichts zu spüren, nicht in Deutschland und nicht in England, nicht in Amerika und nicht in Rußland. Die Krise hat tiefere, dauerhaftere Ursachen, als von denen angenommen wird, die in ihr nur eine Nachwirkung des Krieges sehen. Nein, sie ist eine Krise des Systems, und es wird immer fraglicher, ob der Kapitalismus sie noch einmal überwindet. Ist es so, dann sind einschneidende Veränderungen der Wirtschaftsweise, auf die wir oft hingewiesen haben und die sich aus unserer sozialistischen Erkenntnis ergeben, unvermeidbar und unaufschiebbar. Auch hierbei hat die Sozialdemokratie die Führung zu übernehmen. Schon verzweifelt ein großer Teil der sogenannten Intelligenz, der Akademiker und Techniker, der Wissenschaftler an der Fähigkeit des Kapitalismus, die von ihm produzierten Güter der Menschheit in vernünftiger Form zugänglich zu machen. In allen Lagern erheben sich die Stimmen, die verlangen, daß dieses System von einem höheren abgelöst werden muß, daß die Zeit der planlosen Wirtschaft vorüber ist.

In dieser Situation kann die Politik der Sozialdemokratie sich nicht in der gewiß notwendigen und unumgänglichen Abwehr des Faschismus erschöpfen. Wer anders als sie kann die Führung zu neuen Formen der gesellschaftlichen Produktion übernehmen, deren Notwendigkeit immer deutlicher vor aller Augen tritt.

Gegenüber dieser großen geschichtlichen Aufgabe tritt der Streit um taktische Differenzen und Fehler oder Irrtümer einzelner dabei weit zurück.

Die deutsche Sozialdemokratie hat durch eine Frontveränderung nach dem 14. September, deren Notwendigkeit rasch erkannt wurde und deren Durchführung glänzend gelang, schweres Unheil vorerst abgewendet. Sie muß gewappnet sein, noch größere und entscheidendere Aktionen und Kämpfe in ganz anders gelagerten Frontstellungen zu vollziehen.

## Wirtschaftsdiktator Feder.

### Phantasien über die Wirtschaft im Dritten Reich.

München, 22. Mai. (Eigenbericht.)

In das vornehmste Hotel Augsburgs, das „Palasthotel drei Wahren“ hatten die Nazis die prominenten Leute der Augsburger Wirtschafts- und Geschäftswelt zu einer Besprechung für den 21. Mai eingeladen. Die Einladung war im besonderen mit dem Hinweis begründet, daß sich in aller nächster Zeit das deutsche Schicksal entscheiden werde. Den nicht sehr zahlreichen Erscheinenden hielt der Finanzdiktator Feder einen Vortrag, in dem er folgendes ausführte:

Die Nationalsozialisten würden in nächster Zeit unbedingt zur Herrschaft kommen, und dann würde eine neue Ordnung der Wirtschaft eingeführt. In dieser neuen nationalsozialistischen Wirtschaft gäbe es wohl ein Privatvermögen, aber keine Schiebewinne. Von einer Sozialisierung könne keine Rede sein; man wolle nur die Wirtschafts-, Verkehrs- und Verbrauchsbetriebe verstaatlichen, aber alles, was durch schöpferische Arbeit geschaffen wird, bleibe Privateigentum. Die jetzt bestehende Wirtschaft müsse quer geteilt werden, wobei die freien Gewerkschaften zugrunde gehen müßten. Im Dritten Reich gelte nur die Persönlichkeit. Arbeitgeber und Arbeitnehmer müßten in ein näheres persönliches Verhältnis gebracht werden, wogegen der von den Sozialdemokraten künstlich geschürte Klassenkampf beseitigt werde. Die in Aussicht genommene Arbeitsdienstpflicht gäbe allerdings nur etwa 500 000 Arbeitern Beschäftigung. Es komme aber hinzu, daß etwa 1 Million Leute mit Hausreparaturen beschäftigt würden, denn im Dritten Reich bekommen nur solche Hausbesitzer von den Mietern Zins, die ihre Reparaturenrechnungen vorlegen. Außerdem werde der Import stark gedrosselt. Schon jetzt wirkten die Nazis in diesem Sinne. Das Ausreten der St.-Leute z. B. hätte genügt, daß viele Deutsche aus Angst, von den Hitlerleuten ansanft aus den Postkoffern ausländischer Autos geholt zu werden, vom Ankauf eines ausländischen Autos Abstand genommen hätten. Die deutsche Autoindustrie hätte deshalb Hitler aufgesucht, um ihm für diese Hilfe des deutschen Automarktes zu danken.

Am Schluß seines Vortrages versicherte Feder nochmals, daß die Nationalsozialisten noch in diesem Jahr die Wirtschaft brechen und für 10 Millionen Leute Arbeit schaffen würden. Der Tag sei nicht mehr fern, an dem Brüning mit seinen Rotverordnungen machtlos dasstehe.

## Erwachen in Gotha.

### Wendung gegen das kommunistische Treiben.

Gotha, 22. Mai. (Eigenbericht.)

Die Kommunisten haben in der Nachkriegszeit die Arbeiterbewegung in Gotha fast vollständig vernichtet. In letzter Zeit hat man auch noch die Arbeiterkonsumvereine an den Rand des Abgrundes gebracht. Es scheint aber jetzt, als ob die Gothaer Arbeiterschaft zur Besinnung kommt. Arbeiter, die bisher den Kommunisten nachgelaufen sind, werden sogar selbst gegen kommunistische Führer handgreiflich. In der letzten Vertreterversammlung des Konsumvereins trat ein altes Genossenschaftsmitglied an den kommunistischen Führer Subr heran und verlegte ihm eine kräftige Raulschelle. Auch der kommunistische Führer Rühr wurde von einem alten Genossenschaftsmitglied, das um seine kümmerlichen Ersparnisse bangte, die er im Konsumverein angelegt hat, geohrfeigt. In der letzten Ortsauschussung der freien Gewerkschaften wurde eine scharfe Entschlüsselung gegen die verlogene und die Arbeiterschaft schädigende Schreibweise des kommunistischen „Thüringer Volksblatt“ mit allen gegen vier Stimmen angenommen.

Zum Oberbürgermeister der Stadt Steina wurde in der Stadtverordnetenversammlung Regierungsrat Dr. Voetschel mit 40 von 57 Stimmen gewählt. Dr. Voetschel gehört der Deutschen Volkspartei an und war bisher Regierungspräsident in Liegnitz.

# Die Oldenburger Nationalrevolutionäre.

## Eine Auswahlendung des Dritten Reiches.

Jede Wahl zeigt deutlicher, daß die nationalsozialistische Bewegung mit den Arbeitern nichts zu tun hat. Man sehe sich nur einmal die nachfolgende Berufsliste der eben neu gewählten neunzehn nationalsozialistischen oldenburgischen Landtagsabgeordneten an. Sie sieht wie folgt aus:

fünf Landwirte und ein Pächter,  
drei Kaufleute,  
ein Auktionator, ein Elektriker und ein Maler,  
ein Rechtsanwalt,  
ein Hauptkassendirektor,  
ein Studienrat und ein Handelsstudienrat,  
ein Reichsbahnobersekretär,  
ein Handlungsgehilfe,  
ein Arbeiter.

Der alte Mittelstand ist durch die Außenpolitik des früheren Regimes und im besonderen der Hohenzollern, aber auch infolge der Feigheit der damaligen bürgerlichen Parteien in den Wirbel des Weltkrieges geworfen worden und im Strudel der Inflation hat er seinen Besitz verloren. Mit den Wahlen zur Weimarer Nationalversammlung bekam er das Recht der freien Meinungsäußerung, bekamen seine Frauen und seine zwanzigjährigen Söhne und Töchter das demokratische Wahlrecht. Damals wagte er eine Weltanschauung zu zeigen, sie vergaßen sich in den bürgerlichen Mittelparteien. Das freie Bekenntnis hat diese Parteien nicht lange zusammengehalten. Die wirtschaftlichen Sonderinteressen der einzelnen mittelständlichen Berufsschichten waren zu groß. Nicht einmal die im Glanze der Vorkriegszeit verklärten schwarzweißen Ideale vermochten die Entwicklung aufzuhalten. Alles löste sich in Interessentenhäufen auf. Damit ist die gesamte politische Last, die Verantwortung für die Liquidation des Krieges und der Inflation immer wieder auf die Sozialdemokratie gefallen, mußte von ihr getragen werden und ist von ihr auch getragen worden.

Die nationalsozialistische Bewegung zeigt, daß die Zeit der mittelständlichen Interessentenhäufen ebenso ihrem Ende entgegengeht wie die Parteien der mittelständlichen Weltanschauung Vergangenheit wurden. Alles sammelt sich in der einen großen Partei, die nur schimpft und nichts Positives leistet. In der Partei sammelt man sich, wo kommandiert wird und wo man gehorchen kann, wo es Orden und Ehrenzeichen gibt,

aber auch Uniformen und Parademarsch. Man sehnt sich danach, nach oben hin einen krummen Buckel machen zu können und nach unten treten zu dürfen.

Ein tiefer Haß trennt die in der nationalsozialistischen Bewegung zusammengetroffenen Studierate, Obersekretäre, früheren Offiziere, Einzelhandelskaufleute, Handwerksmeister und Privatangestellten von der großen Volksbewegung der breiten Massen, die seit 1918 nicht nur Opfer brachten, sondern auch einen neuen Staat schufen. Seit 1924 ist die deutsche Sozialgesetzgebung wieder aufgebaut worden. Die Verantwortlichkeit der Gesamtheit für das soziale Schicksal des einzelnen, wie sie die Weimarer Verfassung verkündet hat, ist gestaltet worden, wenn auch noch nicht so weit, wie wir es uns denken. Der Arbeiter hat den Respekt vor der Uniform verloren und geht aufrecht. Sein Kampf und seine Erfolge haben dazu geführt, daß er trotz aller wirtschaftlichen Schwierigkeiten und trotz allen sozialen Elends eine klare weithin sichtbare Stellung einnehmen konnte. Der Mittelstand sieht sich, weil er gleichberechtigt ist, als Untertan. Man möchte mehr sein als die breite Masse. Gegenüber den harten Tatsachen der Gegenwart erscheint die Vergangenheit in goldenem Licht. So ist es ein Treppenwitz der Weltgeschichte, aber doch eine Tatsache, daß der Mittelstand sich heute wieder in die Zeiten zurücksehnt, durch die er ins Elend gekommen ist. Man sehnt sich nach Militarismus und großspüriger Außenpolitik, man erinnert sich des Wilhelminismus und subelt Hohenzollernprinzen zu.

Die nationalsozialistische Bewegung ist die Rebellion des Untertanen gegen die Demokratie. Der Feind, der allem, was rückwärts will, entgegensteht, ist die Sozialdemokratie. Das ist der bisher unübersteigbar gebliebene Wall. Daher stultet gegen ihn aller Schmutz und aller Haß an, der in den Zeiten wirtschaftlicher Depression aus dem Elend emporquillt.

Was hat diese politische Bewegung der wildgewordenen Spießer mit Sozialismus zu tun? Gar nichts! Die Auswahl der Oldenburger Landtagsabgeordneten zeigt wiederum, daß die nationalsozialistische Bewegung nichts anderes als Sammeln der Reaktion ist. Aus den sozialdemokratischen Wählermassen fliehen nach jener Seite keine Anhänger. Die Auflösung der Interessentenhäufen und der sonstigen alten Mittelstandsparteien ist ein Prozeß, der die Frontarbeit und jedem Nachdenklichen und Ueberlegenden deutlich macht, welche großen Auseinandersetzungen uns noch bevorstehen. Kurt Heinig.

## Stahlhelm fordert Listenprüfung.

### Um den Volksentscheid aufzuschieben.

Die „Deutsche Treue“, „Zeitschrift für monarchistische Staatsaufbau“, herausgegeben vom Nationalverband Deutscher Offiziere, bringt am 21. Mai einen „Politische Tagesfragen“ überschriebenen Artikel des Major a. D. Hans von Sodenstern mit folgenden Ausführungen über den Volksentscheid:

„Der preussische Innenminister Severing will uns ein Schnippen schlagen. Er will den Tag des Volksentscheides auf den 2. oder 6. August festsetzen. Um dem Landtage das durch das Volksbegehren geforderte Gesetz noch während seiner jetzigen Sitzungsperiode (bis Ende Juni) vorlegen zu können, wird er auf eine genaue Nachprüfung der Eintragungslisten verzichten und mit großer Bestimmtheit behaupten, daß er dem Stahlhelm glaube und daher die gemeldete Zahl der Eintragungen ohne weiteres als richtig anerkenne. Verfäht er so, so könnte er in der Tat, wenn ihm dann auch der Landtag noch den Gefallen tut, sofort über das Gesetz abzustimmen, den Volksentscheid in die erste Hälfte des August legen. Es würde

daher Aufgabe der Parteien rechts vom Zentrum sein, eine Nachprüfung der Listen, die immerhin 3 bis 4 Wochen in Anspruch nimmt, zu fordern,

bei jedesmaliger Beratung des Gesetzes im Landtage die Befähigung des Hauses anzuzweifeln und durch andere Obstruktionen mittel eine Verlangung der Abstimmung bis in den September hinein zu erreichen. Gelingt das alles nicht, dann muß eben der Kampf zu der Zeit aufgenommen werden, in der er uns aufgezwungen wird. Dann müssen wir statt der Großen Ferien politische Großkampftage veranstalten und die Propaganda, so wenig erwünscht es manchem sein wird, in die Bäder und Sommerfrischen tragen.“

Aus diesem Artikel eines der hervorragendsten Stahlhelmgestalten geht die schlotternde Angst der Adelsbegehrten zur Genüge hervor; sie haben kein Geld und müssen deshalb die Entscheidung über die Auflösung des Landtages so weit wie möglich hinauschieben. Daß sie dabei die Gehiltheit und Inerzität ihrer eigenen Eintragungslisten anzweifeln und die preussische Regierung zur Prüfung darüber, ob sie nicht geschwindelt haben, nötigen wollen, zeigt, wie notwendig sie es haben, Zeit zu gewinnen.

## Ein Schweizer als Hafentorwächter.

### Rat mahnt Polen und Danzig zur Ruhe.

Genf, 22. Mai. (Eigenbericht.)

Deutschlands Antrag auf Abschluß einer besonderen Zivilluftfahrtskonvention drang in der Freitagssitzung des Völkerbundes nur teilweise durch, während es endlich gelang, Litauen in den Fragen des Memellandes unter den Einfluß des Völkerbundes zu bringen. Die Danziger Fragen wurden mit Ausnahme der schweren Punkte für den deutschnationalen Senat förmlich zufriedenstellend für Danzig erledigt.

Zu Beginn der Ratstagung wurde der deutsche Antrag behandelt, eine besondere Konvention über die Veröffentlichung der zivilen Luftfahrt abzuschließen mit dem Zweck, die zivile Luftfahrt aus den Verhandlungen der Abrüstungskonferenz herauszulassen. Der Rat nahm den Bericht von Lerraug-Spanien an, wonach die Transatlantik des Völkerbundes eine Umfrage bei allen Regierungen veranstalten soll über den Stand der Veröffentlichungen über die zivile Luftfahrt in den Ländern selbst, durch zweifelhafte oder mehrseitige Abkommen. Ueber das Ergebnis soll der Abrüstungskonferenz ein Bericht vorgelegt werden.

Die Finanzfragen des Memelgebietes werden durch Uebereinkommen mit Litauen unter Aufsicht von Sachverständigen des Völkerbundes geregelt werden. Die Frage des Kriegszustandes und der Gerichtsbarkeit in Memel gehen an den Haager Gerichtshof. Curtius sprach dazu die Hoffnung aus, daß auch alle die anderen schwebenden Schwierigkeiten unter Mitwirkung des Völkerbundes in gemeinsamer Verständigung geregelt würden. Damit ist

erreicht, daß Litauen, das sich seit jeder Einflußnahme des Völkerbundes zu entziehen suchte, endlich in eine gewisse Abhängigkeit gegenüber den Bestimmungen des Völkerbundes für das Memelland gekommen ist.

Henderson berichtete über die Danzig-polnischen Beziehungen unter Zugrundelegung des Berichtes des Kommissars Grawina. Wie erinnert, werden darin diese Beziehungen als sehr unerquicklich bezeichnet, seit die extremen Parteien von rechts und links bei den letzten Wahlen große Fortschritte gemacht hätten. Die Krise betreffe nicht den Völkerbund. Sie sei nur eine Sache zwischen Danzig und Polen. Von der Bestimmung des Statuts,

polnische Truppen zur Sicherung der Ordnung nach Danzig einzusetzen zu lassen, dürfe kein Gebrauch gemacht werden.

Die Maßnahmen Danzigs seien zufriedenstellend gewesen. Auf beiden Seiten müsse die schädliche Agitation unterbleiben. Alle Verhandlungen sollten immer nur durch Vermittlung des hohen Kommissars erfolgen. Besonders müßten sämtliche Reibereien Polens gegen die garantierte Selbständigkeit Danzigs schwer verurteilt werden. Zaleski begnügte sich mit dem Zweifel an der Wirksamkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen und sprach dem Kommissar seinen Dank aus. Senatspräsident Ziehm verzichtete ebenfalls auf eine Bemerkung, da ihm Zaleski seinen Bericht schon vorher mitgeteilt habe. Er behielt sich vor, dem Kommissar später seine Bemerkungen zu machen und sprach ihm sein volles Vertrauen aus. Grawina sprach die Hoffnung auf Besserung durch beiderseitigen ernstlichen Willen aus und dankte dem Rat und den Parteien für ihr Vertrauen. Ueberflüssigerweise betonte Herr Poncet, der als Vertreter Frankreichs an Briand's Platz saß, daß Frankreich die Autorität des Kommissars immer intakt halten werde. Abschließend

warnte Henderson vor nationalistischen Intrigen in Danzig

und rief dem Danziger Senat im Interesse der Stadt, wirksame Maßnahmen zur Unterbindung von Unruhen zu treffen. Als Ratspräsident schloß Curtius diese Verhandlungen mit dem Dank an Grawina und der Aufforderung an beide Parteien, für Wahrung des Friedens zu sorgen.

Zum Kommandanten des Danziger Hafens wurde der Schweizer Dr. Benziger gewählt, bisher Direktor des Konsulatsdienstes in der politischen Abteilung der Eidgenössischen Bundesregierung in Bern.

## Mißhandlungen in der Reichswehr.

### Ein Unterfeldwebel verurteilt.

Liegnitz, 22. Mai. (Eigenbericht.)

Unter Ausschluß der Öffentlichkeit wegen Gefährdung der Staatsicherheit verhandelte das Erweiterte Liegnitzer Schöffengericht am Freitag in vierstündiger Sitzung gegen fünf frühere Feldwebel wegen Mißhandlung von Liegnitzer Reichswehrsoldaten in zahlreichen Fällen, Mißbrauch der Dienstgewalt usw. Die Vorfälle spielten sich bereits in den Jahren 1925 und 1926 in Liegnitz bzw. in Berlin, wohin die Truppe abkommandiert war, ab. Da infolge der Länge der verfloffenen Zeit die Aussagen der als Zeugen vernommenen Soldaten offenbar nicht mehr allzu bestimmt waren, wurden vier der Angeklagten freigesprochen, da es sich nach Ansicht des Gerichts teilweise um Grenzfälle handeln sollte. Der ehemalige Unterfeldwebel Willi Schinke erhielt wegen Mißhandlung eines Untergebenen 1 Woche 1 Tag verschärften Arrest.

Unser neuer Roman. Wir beginnen zu Pfingsten mit dem Abdruck des russischen Romans „12 Stühle“ von J. Iff und N. Petrov in der autorisierten Uebersetzung von Ewa Brod und Mary von Pusch-Glowach. Diese Erzählung ist von besonderer Art: sie ist durchaus lustig, ein moderner Schmelntroman voller abenteuerlicher Erlebnisse, ein tolles Durcheinander aller möglichen Schichten, Aemter und Einrichtungen des heutigen Rußlands, vor allem hat sie Tempo. Man gewinnt daraus spielend Einblicke in russische Zustände und Menschenlose.

## Käuflicher Korruptionsbekämpfer.

Der Enthüller Davidsohn im Solde des Braukapitals.  
Ein Korruptionsschnüffler, der Schweigegeld nimmt.

Die häßliche Rolle, die der ehemalige Reichstagsabgeordnete Davidsohn in dem Korruptionsfeldzug gegen die Sozialdemokratie gespielt hat, dürfte noch in Erinnerung vieler Parteigenossen sein. Er war es, der im Jahre 1919 die Ständehöhe gegen die Partei einleitete. Seitdem spielt in allen Verleumdungsprozessen gegen die Hege der Rechten Georg Davidsohn die Rolle des Gewohnheitszeugen, auf den sich die angeklagten Verleumder zu berufen pflegen.

Eine besondere Tätigkeit hat Davidsohn eine Zeit lang im Arbeiter-Abstinenzbündnis entfaltet. Längere Zeit war er Redakteur des Bundesorgans und gehörte dem Bundesvorstand des Arbeiter-Abstinenzbündnisses an, bis er wegen dauernder Querstreichen Anfang 1922 seines Postens enthoben wurde. Davidsohn versuchte nunmehr, den Arbeiter-Abstinenzbündnis zu spalten und zog zu diesem Zweck eine Sonderorganisation, den „Verband sozialistischer Abstinenzler“ auf, der jedoch ein unscheinbares Grüppchen blieb. Immerhin ermöglichte diese Splitterorganisation es Davidsohn, in der Abstinenzbewegung weiter eine Rolle zu spielen und ein eigenes kleines Blatt herauszugeben, worin er den Arbeiter-Abstinenzbündnis heftig anzugreifen pflegt. Der Abstinenz Davidsohn hat als sein Spezialgebiet die Korruption der öffentlichen Meinung durch das Braukapital bearbeitet. Im Jahre 1910 schrieb er die Broschüre „Das Braukapital und seine Knappen“. Diese Broschüre enthielt Belege dafür, wie die große deutsche Presse durch finanzielle Beeinflussung (Inserate usw.) den Interessen des Alkoholkapitals dienlich gemacht wurde. Weiteres Material veröffentlichte Davidsohn 1926 in einer Broschüre „Die Korruption in Presse und Parlament“. Diese Broschüre erschien unter dem Pseudonym „Gustav Dabelstein“, dessen Monogramm G. D. mit dem des Autors Georg Davidsohn übereinstimmt. Das in dieser Broschüre verwertete Material stammt offenbar aus Kreisen des Deutschen Brauerbundes; es war klar, daß Davidsohn alias Dabelstein einen Gewährsmann beim Brauerbund selber haben mußte.

Die Verlegenheit, in die der Brauerbund durch diese Broschüre geriet, machte sich deren Verfasser nun in höchst merkwürdiger Weise zunutze: Unter dem Datum „Weihnachtsfeierabend 1928“ schrieb Davidsohn-Dabelstein an einen gewissen „Herrn Doktor“ einen Brief, worin er mitteilte, daß er die Herausgabe einer neuen Broschüre beabsichtige, deren gedruckten Prospekt er beilegte. Diese neue Broschüre sollte den Titel tragen: „Al Smith und Roul Funke“ (Rudolf Funke ist der Vorsitzende des Brauerbundes) und sollte darum, wie deutsche Untermergelder im amerikanischen Prohibitionswahlkampf zur Unterstützung der „nassen“ Kandidaten gearbeitet haben. Es sollte laut Prospekt die Schrift „mit den korumpierenden Propagandamethoden des Braukapitals abrechnen“. Der gedruckte Prospekt sagt: „Wichtig läßt Dabelstein die Peitsche gegen die in Ihrem Schlafwinkel aufgetriebenen Volkserführer niederschlagen und sie werden noch mehr einfallen als nach seiner ersten Anklageschrift.“

Soweit der gedruckte Prospekt. In dem Begleitschreiben führt Davidsohn-Dabelstein aus, daß er in der Broschüre von 1928 wegen Raummangels gezwungen gewesen sei, „außerordentlich viel sehr gutes Material unbenutzt zu lassen“. Das Erscheinen der neuen Schrift werde eine Sensation sein, „zumal bei den Redakteuren und Schriftstellerorganisationen, die ich zabelistisch machen werde“. Ein Durchschlag dieses Briefes wurde dem Deutschen Brauerbund in die Hand gespielt.

Der Erfolg blieb nicht aus: der Brauerbund begann mit Davidsohn wegen Richterausgabe der Broschüre zu verhandeln, zunächst ohne Erfolg, bis der Chef der Propagandaabteilung, Johannes Gaulke, in Person eintrifft.

Er erreichte, daß gegen ein Honorar von rund 1000 Mark Davidsohn-Dabelstein die Herausgabe der angeforderten Broschüre unterließ.

Sie ist in der Tat — trotz des renommierten Prospektes — bis heutigentags nicht erschienen! Wahrscheinlich hat sie nicht einmal existiert. Jedenfalls befand sich in der Druckerei, in der die Broschüre angeblich gedruckt werden sollte, kein Manuskript. Der Brief und der Prospekt hatten allein ihre Wirkung getan!

Dieser Erfolg spornte Davidsohn zu neuen Taten. Anfang 1931 bot sich hierzu Gelegenheit. Davidsohn selber konnte ja nicht mehr gegen den Brauerbund schreiben. Aber es fanden sich jetzt einige entlassene Angestellte der Propagandaabteilung des Brauerbundes, die sich anboten, ihrerseits das von Davidsohn unterdrückte Material zu einer Broschüre gegen den Brauerbund auszuwickeln. Der Brauerbund wandte die gleiche Methode an — er suchte das Richterscheitern der Broschüre zu erkaufen und — wunderbar genug — zwischen dem Brauerbund und seinen ehemaligen Angestellten

### spielte Davidsohn den Vermittler.

Nicht umsonst! Denn ausdrücklich machte Herr Gaulke seinen ehemaligen Untergebenen zur Bedingung, von den an sie gezahlten Geldern an Davidsohn abzugeben! Freilich kam dabei ein so kleiner Betrag heraus, daß Davidsohn über die Knidrigkeit des Brauerbundes sich außerordentlich entrüstete. Später ist dann sein Anteil erhöht worden.

Auch diesmal war die Broschüre nur zum kleinen Teil gefehlt. Man hatte in weiser Sparbarkeit vorläufig erst die Seiten oder Teile in Satz gegeben, mit denen man den Brauerbund einzuschüchtern gedachte. Aber als vorsichtiger Mann verlangte Herr Gaulke vom Brauerbund nunmehr, daß ihm die Büstenabzüge der gesamten Broschüre ausgehändigt und daß der Satz in seiner Gegenwart abgelegt würde. Was sollte geschehen? Davidsohn mußte raten: er empfahl den entlassenen Angestellten,

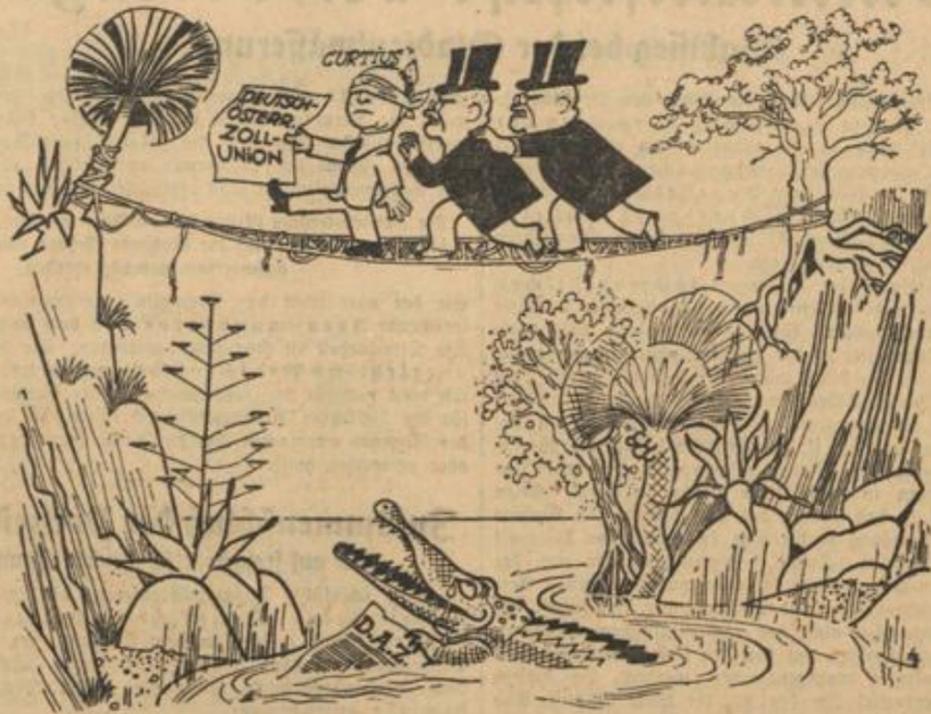
rasch die ganze Broschüre setzen zu lassen, damit man sie dann vor den Augen des Herrn Gaulke wieder ablegen könne!

Blühend fügte Davidsohn diesem Rats hinzu: daß man dies ja dem Drucker besonders gut bezahlen könne!

Der Erfolg war jedenfalls der gleiche: auch diese Broschüre erschien nicht, und an dem Richterscheitern verdiente — der große Korruptionsschnüffler Georg Davidsohn, den bei seinem Treiben offensichtlich der alleinige Zweck leitete, in seiner eigenen Person einen allerdings nicht mehr zu überbietenden Beweis für die Korruptionsmethoden des Braukapitals zu liefern.

Dies der Sachverhalt, den wir durch urkundliches Material und Zeugenaussagen jederzeit zu erhärten bereit sind. Wir haben die Sache mit einiger Ausführlichkeit behandelt, weil es sich um einen Schädling der Partei handelt, der — seine frühere Vertrauensstellung als Aushängeschild benutzend — seit Jahren die Partei und ihre Führer mit Korruptionsbeschuldigungen überzieht und ihren Verleumdern das Material liefert. So sieht er aus, der andere der Korruption bezichtigt!

## Curtius und die Schwerindustrie.



„Stoßen wir ihn voran! Wenn er runterfällt, um so besser!“

## Wird Briand gehen?

Präsident und Regierung für sein Bleiben.

Paris, 22. Mai. (Eigenbericht.)

Angelehnt der Rückkehr Briands nach Paris beschäftigt sich die französische Presse eingehend mit der Frage, ob der Außenminister seine Demission aufrechterhalten wird oder nicht. Bei Briand selbst scheint sich während seines Genfer Aufenthalts eine gewisse Sinnesänderung vollzogen zu haben. Während er vor Antritt seiner Reise fest entschlossen war, sein Amt niederzulegen, soll ihn die Aufnahme, die er im Völkerbundsrat und im Europa-Ausschuß gefunden hat, und der Sieg der französischen Delegation in bezug auf die wirtschaftliche Wiederaufrichtung Europas davon überzeugt haben, daß seine internationale Autorität und sein Ansehen nicht gelitten haben, und daß daher seinem Verbleiben im Außenministerium nichts im Wege steht. Dazu kommt noch, daß, wie der „Paris Ridi“ mitteilt, die Regierung und der neue Präsident Doumer ihm telegraphisch die dringende Bitte nach Genf übermittelt haben, auf seinen Rücktritt zu verzichten. In Regierungskreisen wird daher, wie dieselbe Zeitung aus zuverlässiger Quelle erfahren haben will, stark damit gerechnet, daß Briand seinen Posten behält.

Die Gründe, die vor allem die nationalistischen Mitglieder des Kabinetts dazu veranlaßt haben, für Briand einzutreten, sind verschiedener Art. Einmal scheint dem Kabinett daran gelegen zu

sein, dem Ausland durch den Verbleib Briands im Außenministerium zu beweisen, daß trotz der Präsidentenwahl die französische Außenpolitik keiner Änderung unterworfen werden soll. Dann sollen verschiedene Kabinettsmitglieder und auch eine große Zahl von Parlamentariern die Meinung vertreten, daß es besser sei, Briand innerhalb des Kabinetts, d. h. unter ihrer Kontrolle, als außerhalb des Kabinetts und gegen sich zu haben.

Die reaktionäre Presse ist mit dieser Wandlung der Dinge natürlich nicht einverstanden und protestiert bereits gegen ein eventuelles Verbleiben Briands im Außenministerium. Der nationalistische Abg. Laittinger schreibt in der „Paris Nouvelle“, die Erfolge Briands in Genf seien sehr mager. Das deutsch-österreichische Zollprojekt hätte nicht erst an den Internationalen Gerichtshof überwiesen werden dürfen, sondern Briand hätte es gemäß dem ihm von der Kammer erteilten Auftrag sofort als eine Verletzung der Verträge und Abkommen verurteilen lassen müssen. Der „Antransigeant“ erklärt dazu, die Lage Briands sei nach dem Ratum der Nationalversammlung nicht mehr dieselbe. Das Ratum bedeute, daß die Politik der einseitigen Zugeständnisse jetzt vorüber sei. In den Augen vieler habe Briand für immer sein Ansehen verloren, das bisher als unverleglich gehalten worden sei. Es sei daher fraglich, ob das Parlament mit dem Verbleiben Briands im Außenministerium einverstanden sein werde.

## Reichsgeld für Bauernbündler.

Unsaubere Vorgänge in Bayern. — Prüfung im Landtag.

München, 22. Mai. (Eigenbericht.)

Seit Herbst vorigen Jahres weiß die Öffentlichkeit von unsauberen Vorgängen bei der angeleglichen Sanierung der bauernbündlerischen Genossenschaft „Bezugsvereinsvereinigung bayerischer Landwirte in Regensburg“. Es handelt sich um 180 000 Mark, die auf Betreiben des Reichstagsabgeordneten Gandorfer der bayerischen Landwirtschaftsminister Dr. Fehr im April 1930 dem Vorsitzenden der Genossenschaft, die längst im Konkursverfahren verfaßt war, aus dem genossenschaftlichen Nationalisierungsfonds des Reiches vermittelt hat. Die Korruption wird darin erblickt, daß Minister Dr. Fehr seinen Parteifreunden die Gelder zugewandt hat, ohne daß die gesetzlichen Bedingungen für eine solche Hilfe gegeben und erfüllt waren. Insbesondere waren die Mitglieder der Genossenschaft (es handelt sich nur um einige Duzend) nicht unverschuldet in Not geraten, da der Zusammenbruch der Genossenschaft im wesentlichen durch die unglaubliche Miswirtschaft und Schlamperie in der Geschäftsführung durch den Vorstand verschuldet war. Diesen Tatbestand hat der Minister Dr. Fehr überhaupt nicht geprüft, jedenfalls nicht, bevor er die von der Preußenschatzverwaltung ermittelten Sanierungsgelder verteilte. Dazu kommt noch, daß er das Geld nur dem Vorsitzenden der ehemaligen Genossenschaft gab und ihm die Unterverteilung überließ, was dazu führte, daß dieser Vertrauensmann des Ministers, ein Brauereibesitzer, den Hauptanteil aus diesem Geld für seinen eigenen Bedarf verwandte. Auch der Reichstagsabgeordnete Gandorfer erhielt 3000 Mark mehr, als er nachweislich Schaden hatte.

Diese trübe Affäre wurde am Freitag im Haushaltsausschuß des Bayerischen Landtages verhandelt. Die Dinge sind erst in Fluß gekommen, nachdem im Juli vorigen Jahres der Bauernbund aus der Koalition und Minister Friaus der Regierung ausgetreten waren. Dadurch, daß der Innenminister der Bayerischen Volkspartei das Landwirtschaftsministerium vertretungsweise übernahm, wurde der Aktieninhalt dieser Sanierung maßgebenden Persönlichkeiten des Christlichen Bauernvereins bekannt, die selbsterzogen auf Klärung der Angelegenheit drängten. Schließlich wurde ein Staatsrat mit der Untersuchung der Angelegenheit betraut, der dem Landtag nun einen ausführlichen Bericht über die ganze Affäre gab. Die Untersuchung ist aber noch nicht abgeschlossen. Vor allem muß der frühere Minister Fehr selbst noch gehört werden. Außerdem werden die Akten dem Justizministerium zur strafrechtlichen Würdigung ausgehändigt.

Die Angelegenheit hat auch insofern politische Bedeutung über die bayerischen Grenzen hinaus, als der ausgesprochene Verdacht nicht von der Hand zu weisen ist, daß diese Sanierungsgelder im April vorigen Jahres an die Gandorfer-Gruppe deshalb gegeben wurden, um sie bei der Abstimmung im Reichstag über die Erhöhung der Biersteuer für die Regie-

rung zu gewinnen. Die bauernbündlerische Gruppe im Reichstag hat damals tatsächlich ihre Opposition begraben und nach der Abstimmung erfolgte die Auszahlung der Gelder. Es wird deshalb auch davon gesprochen, den Präsidenten der Preußenschatz, Klepper, in der ganzen Angelegenheit zu hören.

## „Zeitnot“ in der Notzeit.

Schlechte Komödie.

Was wird aus der Unterstützung der Wohlfahrtsverbände? Diese Frage muß neuerdings aufgeworfen werden, weil allein Ansehen nach, die Brauns-Kommission sich um eine Stellungnahme zu der seit Monaten von den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie erhobenen Forderung auf Schaffung einer Reichsarbeitslosenfürsorge herumdrücken will. Auf diese Vermutung wird man förmlich gestoßen durch Meldungen aus dem Lager der christlichen Gewerkschaften. Es heißt in diesen Meldungen, die Brauns-Kommission sei in „Zeitnot“. Dr. Brauns, der Vorsitzende der Gutachterkommission, müsse als Führer der deutschen Delegation der Genfer Arbeitskonferenz spätestens am 28. Mai Berlin verlassen. Auf der anderen Seite solle die neue Notverordnung vor der Reise des Kanzlers nach Chiquers erlassen werden. Nun trete aber der Gutachterausschuß erst am 26. Mai wieder zusammen und bleibe für die Beratungen nur noch eine verhältnismäßig kurze Zeit. Da von einzelnen Ministern auf die Beratungen des Ausschusses ein starker Einfluß genommen worden sei, würden sich die Vorschläge des Ausschusses wohl im Rahmen der Absichten der Reichsregierung oder der „zuständigen Ressorts“ halten.

Diese plötzliche Komplikation der Arbeit des Gutachterausschusses überrascht uns nicht. Die Gutachterkommission war von Anfang an nichts anderes als eine Art Deckung für die Reichsregierung. Wenn jetzt auf einmal für eine gründliche Beratung des Arbeitslosen schutzes, der Hauptaufgabe der Kommission, keine Zeit mehr übrig bleibt — kommt das nur von ungefähr? Wenn jetzt auf einmal die Kommission, statt eigene und bessere Wege zu weisen, nur die Absichten der Reichsregierung oder der „zuständigen Ressorts“ formuliert — ist das wirklich nur ein fataler Zwang, in den man nur durch Zeitknappheit hineingeraten ist?

Zeitnot der Arbeitslosenkommission in der Notzeit der Arbeitslosen — es fällt wirklich schwer, keine Satire zu schreiben.

Labour behauptet ihren Sitz. Die Nachwahl in Rutherglen brachte keine Überraschungen. Sie endete mit dem Sieg Hardies, des Kandidaten der Labour-Partei, der mit 16 736 Stimmen den Konservativen Hoff schlug, der nur 15 853 Stimmen erhielt. Bei den letzten allgemeinen Wahlen, bei denen 4 Bewerber um den Sitz von Rutherglen kandidierten, betrug die Mehrheit des Arbeiterparteilagers 5289 Stimmen.

Camille Huysmans feiert heute seinen 60. Geburtstag. Er war von 1906 bis 1920 Sekretär der II. Internationalen.



# Vom Teehaus zum Elendsquartier

Die neue U-Bahn-Linie Alexanderplatz — Friedrichsfelde hat uns das „Charlottenburg des Ostens“, wie Fontane das Schloß in Friedrichsfelde mit seinem weitläufigen Park nennt, bedeutend näher gebracht. Zu Fontanes Zeiten erforderte diese Reise für den „Westender“ freilich einen Entschluß. Hatte man sich glücklich durch die Steinlästen des alten und neuen Berlin durchgeschlagen, so mußte man noch einen schwarzen Omnibus mit hunderter Tradition besteigen, um an Ort und Stelle zu kommen. Heute geht man von der Endstation der U-Bahn durch die ländliche Wilhelmstraße und steht bald vor dem altertümlichen Parkeingang, dessen Pfeiler mit schweren Steinvasen abschließen. Das reichverzerrte Eisengitter des Tores steht offen und ladet jedermann zum Betreten des Parkes ein. Zur rechten Hand die ansprechenden Maniardenhäuschen der Gutsverwaltung und der Schloßangehörigen. Auf der von stattlichen Bäumen flankierten Allee rollt ein hochsitziges Auto von „Anno Tobak“ mit dem Schloßbesitzer dem Ausgang zu. Das Schloß selbst macht mit seiner langen, gleichartigen Front einen ziemlich nüchternen Eindruck, der nur durch die wunderbare Baumlandschaft mit dem kleinen Weiher gehoben wird. Eine wahre Oase aber ist das, allerdings nur auf verbotenen Wegen zu erreichende poetische Teehäuschen. Obwohl es auf einer Anhöhe liegt, ist es durch den dichten Baumbestand so gut wie verdeckt. Die großen Fenster mit den gotischen Spitzbögen sind mit Brettern verschlagen. An zahlreichen Stellen ist der rotbraune Verputz abgefallen und aus den fensterrahmen strömt eifige Luft. Seitlich von der Anhöhe führt ein Stollen zum Keller. Bettler haufen hier unten während des ganzen Winters, und obwohl der Stollen erst kürzlich zugeschüttet wurde, wurde er von einem Liebhaber des seltsamen Quartiers erneut ausgebuddelt. Rosenfelde ließ noch bis 1700 Schloß und Park. Der Holländer Benjamin Raule erst schuf an Stelle des alten Jagdschlösses einen Sommerpavillon und ließ durch holländische Gartenkünstler den weiten Park anlegen. Nach ihm hatte hier der Herrenmeister des Johanniterordens, Markgraf Albrecht von Schwedt, seinen Sitz; er ließ das Schloß aufführen, dessen Grundmauern noch heute stehen. Eine Bilder Sammlung wurde angelegt und nach dem Muster des Rheinsberger Hofes gelebt. In kurzer Folge wechselten die Schloßbesitzer. Nach der Herzogin von Kurland die Prinzessin von Holstein-Beck, unter deren frühlichem Regime die „Arbeitslust und Sittlichkeit“ unter den Dorfbewohnern bedenklich zurückging. Auch der König von Sachsen wollte, allerdings ungewollt, nach der Schlacht bei

Leipzig als Gefangener auf dem Schloß. Seit über hundert Jahren ist Schloß und Park Besitz der Herren von Treslow. Ein beschauliches Stück Natur und Vergangenheit inmitten einer raslos vorwärtsjagenden Zeit.



Das Teehaus im Park von Friedrichsfelde

## Hundesteuer ab 24. Mai.

Blindenhunde und Wachhunde bleiben steuerfrei.

Gleichzeitig mit der Verfügung der neuen Biersteuer, die ab 1. Juni in Berlin verdoppelt wird, erläßt der Oberpräsident auf dem Verwaltungswege die neue Hundesteuerordnung für Berlin, die bereits am 24. Mai in Kraft treten wird. Der Hundesteuer war in der Form, wie sie der Magistrat vorlegte, die Genehmigung durch die Stadtverordnetenversammlung verweigert worden. Auch die gemeinsame Beratung zwischen dem Magistrat und dem Stadtgemeindeausschuß hatte zu keiner Verständigung geführt. Durch die Verfügung des Oberpräsidenten erhält die Magistratsvorlage nunmehr Gesetzeskraft. Die Hundesteuer soll für das Jahr 1931 7 bis 8 Millionen Mark einbringen.

Der Oberpräsident begründet seinen Schritt damit, daß der Haushaltsplan für die Stadt Berlin nur unter Heranziehung aller gesetzlich möglichen Steuerquellen zum Ausgleich gebracht werden kann. Nach der neuen Hundesteuerordnung muß jeder im Stadtbezirk Berlin wohnende Bürger für einen über zwei Monate alten Hund eine jährliche Steuer von 60 M. entrichten. Für den zweiten Hund in demselben Haushalt beträgt die Steuer 120 M., für den dritten Hund 180 M. Die Steuer wird auf Antrag ermäßigt auf ein Fünftel des Steuerbetrags bei kinderlosen Ehepaaren über 60 Jahre (bisher 50 Jahre) und alleinstehenden Personen über 60 Jahre (bisher 50 Jahre), die ein Jahreseinkommen bis zu 1200 Mark haben, sowie bei hochgradig Schwerhörigen Personen, die auf das Halten eines Hundes angewiesen sind. Für Hunde, die zur Bewachung von Gebäuden, Gehöften, Plätzen und Kleingärten gehalten werden, tritt eine Ermäßigung auf ein Viertel des Steuerbetrags für den ersten Hund ein, bisher wurde in solchen Fällen Steuerfreiheit gewährt.

Vollkommen steuerfrei sind nur Wachhunde für einzeln liegende Gehöfte, ferner der Führerhund eines Blinden und die Diensthunde staatlicher Anstalten.

## Gefängnis für den „Meisterspion“.

Seine Briefbogen der Reichsbehörden waren gefälscht.

Der Prozeß gegen den Kaufmann Adolf Thum, der sich mit Hilfe gefälschter Schreiben des Auswärtigen Amtes sowie des Sekretariates des Reichspräsidenten eine größere Entschädigungssumme auszahlen lassen wollte, wurde zu Ende geführt. Aus den Akten des Reichsausschusses, die das Gericht für diesen Prozeß angefordert hatte, ging hervor, daß die Angaben des Angeklagten über seine Agententätigkeit nicht zutreffen konnten. In früheren Eingaben an die Behörden hatte er niemals erwähnt, daß er eine derartige Tätigkeit ausgeübt hätte und daß ihm die Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amtes, wie er jetzt behauptet, zu Beginn des Weltkrieges mehrere hunderttausend Mark als Bezahlung seiner Dienste ausgezahlt hätte. Demgegenüber war aber eine Zeugenvernehmung für die Schuld des Angeklagten von entscheidender Bedeutung. Ein Zeuge, der mit Thum im gleichen Männerheim gewohnt hatte, bekundete vor Gericht, daß er die Bekanntschaft Thums mit einem Druckereibesitzer vermittelt habe. Thum habe Briefbogen von Reichsbehörden angefordert und sich bereit erklärt, für diese keine Druckarbeit 1000 Mark zu zahlen, wenn ihm das Geld vorläufig gestundet würde. Auf Grund dieser Beweisaufnahme hielt es das Gericht für erwiesen, daß die Fälschungen zumindest auf Veranlassung des Angeklagten vorgenommen worden seien und daß seine Forderung nicht zu Recht bestehe. Thum wurde daher vom Schöffengericht Berlin-Mitte wegen schwerer Urkundenfälschung und veruntreuten Betrugs gegenüber dem Reich sowie wegen vollendeten Betrugs gegenüber einer Vermittlerin zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

**Pfingstkonzert des Reichsbanners.** Am 24. Mai (1. Pfingstfeiertag) veranstaltet der Ortsverein Friedrichshain des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in der Alten Taverne, Alt-Stralau 26, ein großes Früh- und Nachmittagskonzert, ausgeführt von der Gesangsgruppe des Ortsvereins Friedrichshain. Das Frühkonzert findet von 8 bis 10 Uhr, das Nachmittagskonzert von 15 bis 23 Uhr statt. Leitung: Kameraden Beetz und Bräuner. Eintrittspreis 25 Pf. Um rege Beteiligung wird gebeten. — Ein Früh-

## Die neue Lindenstraße.

Freigabe des Durchbruchs zum Spittelmarkt.

Heute wird die neue Durchbruchstraße in Verlängerung der Lindenstraße zwischen Beuth- und Kommandantenstraße dem öffentlichen Verkehr für Fahrzeuge übergeben, nachdem schon kurz vor Weihnachten ein Bürgerfest für den Fußgängerverkehr freigegeben war.

Vor mehr als 25 Jahren wurde der Plan zum Durchbruch der Lindenstraße nach dem Spittelmarkt gefaßt, im Jahre 1910 wurden die Fluchtlinien für eine Straßenbreite von 24 Metern festgesetzt, aber der Krieg und die Nachkriegszeit verhinderten die Ausführung des Planes. Das Anwachsen des Verkehrs besonders im Zentrum von Berlin in den letzten Jahren verlangte eine Nachprüfung der anfänglich festgesetzten Fluchtlinien; der im Jahre 1930 festgesetzte Fluchtlinienplan sah eine Breite von 32 Metern vor, daß heißt, zwei je 4,20 Meter breite Bürgersteige, zwei Richtungsfahrdämme von je 8 Metern Breite und in der Mitte ein eigener Gleiskörper für die Straßenbahn, 7,60 Meter breit.

Drei Häuser in der Beuthstraße und zwei Häuser in der Kommandantenstraße mußten beseitigt werden. Nachdem sie von Mietern geräumt waren, wurde im November 1929 mit dem Abbruch begonnen. Im Juni 1930 konnte die Verfüllung der ehe-

maligen Hauskeller mit angefahrenem Sand vorgenommen werden, die bei dem damaligen Mangel an gutem Boden in Berlin lange Zeit beanspruchte, so daß erst im September 1930 mit dem Einbau der Versorgungsleitungen begonnen werden konnte. Vor dem Einlegen des Profites wurden noch die beiderseitigen Bürgersteige fertiggestellt, die übrigen Pflasterarbeiten mußten aber bis zum Frühjahr 1931 verschoben werden. Mit Rücksicht auf die zu erwartenden Sackungen in dem aufgefüllten Boden konnten die beiden Richtungsfahrdämme zunächst nur provisorisches Steinpflaster erhalten. Erst wenn der Verkehr die Straße festgewalzt hat, werden die Dämme das endgültige Rauphaltpflaster bekommen.

Der mittlere Gleiskörper wird solange, bis die Straßenbahn ihre Gleise einbaut, als Autoparkplatz hergerichtet, eine willkommene Abstellmöglichkeit für die bisher in den Nebenstraßen parkenden Autos bieten. Die neue Durchbruchstraße wird den Namen Lindenstraße erhalten.

## Vor dem Urteil im Scheuen-Prozeß.

Im Prozeß Frau Wehl gegen Redakteur Frey fanden gestern die Plädoyers der Parteien statt. Für Dr. Frey sprach Rechtsanwalt Dr. Löwenthal, der die Verwerfung des ersten Urteils und Freispruch beantragte; für Frau Wehl Rechtsanwalt Otto Landsberg, der für die Verwerfung der Berufung des Angeklagten plädierte. Am gleichen Sinne äußerte sich auch der Staatsanwalt. Das Urteil ist heute zu erwarten.

Einmal zog ein Komödiantentrupp durch das Dorf, mit zwei Wagen.

Auf dem ersten war eine ähnliche, nur größere Tafel angebracht, wie sie auf Plachenwagen zu finden sind. Der zweite glich einem Möbelwagen, nur hatte er Fenster und einen Rauchfang.

Etwa in der Mitte des Dorfes, auf dem Platz vor dem Gemeindehaus, hielten sie an. Aus der Tür des hinteren Wagens sprangen vier oder fünf phantastisch gekleidete Gaukler auf die Tafel des ersten Wagens hinüber.

Das geschah natürlich schon vor einem ansehnlichen Menschenauflauf.

Auf der Tafel begannen nun die Komödianten Saltos zu schlagen und gingen auf den Händen, zum Gaudium des Publikums.

Nach einiger Zeit lief aus dem Hof der Gemeindehauses ein kleiner Knabe zu den anderen Kindern in ebenso kleinen Höschen, rundem Hütchen wie die anderen, um Maulaffen feilzuhalten oder beim Anblick der Komödianten vor Bewunderung von einem Bein auf das andere zu treten.

Gerade, als nach Beendigung der Darbietungen zwei Komödianten gleichzeitig von der Tafel herabsprangen mit je einem Blechsteller, damit der eine das flüchtende Publikum dem anderen in die Arme treibe, trat aus dem Tor des Gemeindehauses ein Mann. Grauhaarig, aber hochgewachsen und gut genährt in ebensolchen engen Hosen und Stiefeln wie die anderen männlichen Dorfbewohner.

Er warf mit geringeltem Brauen einen Blick auf die Gauklerwagen, dann, als er seinen Sprößling erblickte, rief er ihn an: „Fränzchen! Hallo, marsch hinein!“

Gerade in diesem Augenblick trafen die zwei einsammelnden Komödianten vor dem Manne zusammen, und seine Strenge gewährend, bemerkte der eine in deutscher Sprache zum andern: „So ein Wortscher! Er zürnt seinem Söhnchen, weil er uns zusah. Gott bewahre uns vor diesen Bauern.“

Daraufhin sagte der Mann in fließendem Deutsch zu

den Komödianten: „Sagen Sie mir zuerst, was er schon an Ihnen gesehen hätte?“

Der Komödiant war ein wenig überrascht, aber gleich fertig mit der Antwort: „Geschähter Herr, Sie täuschen sich, weil wir hier auf der Straße spielen. Wir kamen nur heute aus A. herüber vom Rittscher Zirkus. Hier haben weder Sie noch andere schwerlich solche Darbietungen.“

„Was Sie sagen? Daß Sie vom Rittscher kommen? Na und?“ sagte der Mann.

„Kennen Sie ihn vielleicht?“ rief der Gaukler.

„Rittscher und Kompagnie?“ entgegnete der Mann, den Komödianten ein wenig spöttisch musternd, dann fügte er hinzu: „Hörten Sie je von Mister Adam bei Rittscher und Kompagnie? Von Mister Fred? Dann sehen Sie mich genauer an. Sie haben noch die Lampen angezündet, als ich Meister Rittcher das Publikum brachte, lieber Karl Leding.“

Bei diesem Gespräch drängten sich bereits die andern Komödianten um den Mann, sogar der Rittscher des Wohnwagens reckte den Hals nach ihm. Der Mann hätte nicht mit zehn Rändern alle Fragen beantworten können, die ihn umschwirren. Aber nach ein, zwei kurzen Antworten sagte er nur soviel: „Wundert euch nicht über mich. Ich sage euch, es wäre auch für euch besser, eine ehrliche Beschäftigung zu suchen. Auch ihr wißt, daß die Menschen nur so lange Beifall klatschen und zahlen, so lange ihr hüpfen könnt zu ihrem Vergnügen wie die Affen. Wenn ihr euch die Knochen zerlegt, dann könnt ihr ihrerdhalten auf der Straße trepieren. Ich danke schon für den Ruhm, meine Frage auf jeder Straßenecke platziert zu sehen. Und nachher erkennt mich kein Hund wieder. Das habe ich zu sagen... Komm hinein, Fränzchen!“

Aber diese letzten Worte sagte Mister Fred aitas Franz Schafranel bereits zum jüngeren Schafranel und warf einen Gulden in den Teller des einen Komödianten. Der Gulden sprang über den Rand des Tellers und fiel auf die Erde.

Er nahm seinen Sohn bei der Hand und trat durch das Tor in den Hof des Gemeindehauses.

**Tersanky J. Jenö**  
**DIE FLIEGENDE FAMILIE**  
Geschichte eines Artisten  
Roman aus dem Ungarischen von Alexander von Sacher-Masoch  
(Schluß)

Unter seinen Händen verwandelten sie sich in zwei strahlende Wundertiere und waren dabei so zutraulich, daß sich die Kinder des Witzbürgermeisters an ihren Schweifen schaukelten.

Solch ein Traben, Galoppieren und alle Künste der hohen Schule hatte das Dorf noch nie erlebt, wie es der Gaukler beim morgendlichen Bereiten zeigte.

Der Ruf des neuen Hengstwärters drang in das Nachbarort, ja, der Oberstuhlrichter wollte ihn als Paradekutschier für sein Vierergespann anstellen. Bei doppeltem Lohn.

Mister Fred fesselten jedoch jetzt schon stärkere Bande an die Gemeinde, als das Amt eines Paradekutschiers.

Die Magd des Lehrers war kein junges Mädchen mehr, aber ihr Vorzug war nicht dies, sondern vielmehr die Tatsache, daß sie früher jahrelang in einer sächsischen Stadt gedient hatte, bei einem Hauptmann, so daß sie ziemlich gut deutsch quasselte.

So machte der kommende Herbst den Lehrer zum Vater eines kleinen Söhnchens, dieser glücklichen Verbindung entsprossen. Hier stellte sich endlich heraus, daß Mister Fred gar nicht so hieß, wie er sich nannte, sondern Franz Schafranel. Diesen Namen erhielt auch der Neugeborene mit auf den Lebensweg.





Kreide. Während das Kreidemesser weiterfliehet, gelangt das wertvolle Material in Karbaffin, setzt sich dort zu Boden und gibt nun als reine Schreibkreide. Es währt Wochen, bis ein 1 1/2 Meter tiefes und etwa 3 mal 2 1/2 Meter großes Bassin, das zu ebener Erde liegt, gefüllt ist. Das Wasser wird nach und nach abgelassen, so daß nur der weiße Kreidelamm übrigbleibt. In schwerer manueller Arbeit wird die zähe Masse herausgeholt. Eine gewöhnliche Schaufel voll wiegt etwa 40 Pfund. In Karren wird die feuchte Kreide auf sogenannte „Tische“ horizontal in Kuchenform gelegt, dann vertikal in offenen Trockenhöfen aufgedockt, um schließlich in Fässern, die 3,6 oder 9 Zentner fassen, eingestampft zu werden.

### Der fünfte Broden-Lauf.

Die Zuschreibung zum fünften nationalen 20-Kilometer-Broden-Lauf, der am 21. Juni vormittags von Eisenburg (Harz) aus stattfindet, ist von der Deutschen Sportbehörde für Leichtathletik genehmigt worden. Start und Ziel ist der Marktplatz in Eisenburg (Harz). Die Strecke ist die gleiche wie im Vorjahre, sie

führt das Mädel aufwärts, an den Mädeln vorbei, durch die Schneelöcher zum Brodenturm und zurück. Der 10 Kilometer lange Aufstieg hat eine Steigung von 904 Meter und ist vom besten Läufer — Schulze, Eisenburg (Harz), — in 58 Minuten bewältigt worden. Die beste Zeit der Gesamtreise mit 1 Stunde 34 Minuten 38 Sekunden lief im Jahre 1928 Bais, Bitterfeld. Welche Bedeutung der Broden-Lauf in Sportkreisen gewonnen hat, geht daraus hervor, daß im Vorjahr nicht weniger als 45 Broden-Läufer starteten, die sich aus besten Kräften Mittel- und Norddeutschlands rekrutierten.

Um auch den Mittelstrecklern gerecht zu werden, wird in diesem Jahre erstmalig während des Broden-Laufes ein Mädel-Lauf über 6 Kilometer ausgetragen. Diese Strecke führt ebenfalls das Mädel aufwärts bis an die Begetrennung zur Eisenburg und zurück. Auch eine 3 x 1000-Meter-Stafel, die nahe dem Mädel ihren Wendepunkt hat, dient zur Zeitverfürgung der zu vielen Tausenden zählenden Zuschauer, die das Mädel bis zur Rückkehr der Broden-Läufer belagern.

Am Nachmittag gibt die Kurverwaltung zu Ehren der Teilnehmer ein Sondernkonzert im Kurpark.

Billige Pfingstverbindung nach Neustrelitz. Wie aus dem neuen Sommerfahrplan ersichtlich, wird der Bäder-Eilzug Berlin-Neustrelitz, der in den Monaten Juli und August täglich in der Vor- und Nachaison als Wochenendzug fährt, in diesem Jahre zum ersten Male auch zum Pfingstfest fahren. Der Zug verläßt den Stettiner Bahnhof am Sonnabend, 23. Mai, um 13.42 Uhr und trifft in Neustrelitz um 15.20 Uhr ein. Der Gegenzug verläßt Neustrelitz am Pfingstmontag um 22.13 Uhr und trifft am Stettiner Bahnhof um 23.55 Uhr ein. Die Fahrt mit diesem Eilzug kostet auf Sonntagstare 11,90 Mark in der 2. und 7,40 Mark in der 3. Klasse, einschließlich Zuschlägen für beide Fahrten. Dieser Zug bietet den Berlinern Gelegenheit, die Pfingsttage in der schönen Landeshauptstadt Neustrelitz und ihrer seen- und waldbreichen Umgebung zu verbringen.

Im Ostharz keine Kurlage mehr. Die Kurorte des Ostharzes Ballenstedt, Alexisbad, Harzgerode und Ragde-Isprung haben beschloffen, keine Kurlage mehr zu erheben. Auch die Penzionspreise sind um 10 bis 15 Proz. gesenkt worden.

### Theater, Lichtspiele usw.

Sonnab., 23. 5. <b>Staats-Oper</b> Unter d. Linden 20 Uhr 6. Sinfonie-Konz. Hector Berlioz: „Fausts Verdammung“ Leitung: Erik Köhler Ende 22 1/2 Uhr	Sonnab., 24. 5. <b>Stadt. Oper</b> Bismarckstr. Turnus III 19 Uhr Die <b>Walküre</b> Ende n. 21 Uhr
<b>Staats-Oper</b> Am Platz der Republik. 19 1/2 Uhr <b>Carmen</b> Gottschalk, Kallert, Kallert Ende n. 22 1/2 Uhr	<b>Staatl. Schauspiel.</b> Im Erdmannstr. 227. A.-V. 20 Uhr Die Portugale- sische Schlacht Ende g. 23 1/2 Uhr
<b>Staatl. Schiller-Theater, Charlthg.</b> 21 Uhr Liebe auf dem Lande 33 Minuten in Grünberg Ende 22 1/2 Uhr	

### Bad Salzuflen

**Altenbrak i. Harz**  
Möblierte Zimmer mit u. ohne Küchenbenutzung zu vermieten. Staubfr. Lage.  
**Karl Warneke,**  
Altenbrak im Harz, Nr. 6.  
**Zu den Ferien**  
schönster Aufenthalt im Gutshaus zu Kittergut Cummerow direkt an der Spree b. Beeskow. Volle Pension M. 3.—, Wasser — Wald. Schriftl. Anfragen erbeten. Telefon: Beeskow 311.

**Eisenvitriol- u. Moorbad**  
Glänzende Heilerfolge  
seit mehr als 100 Jahr,  
bescheinigt bei  
**Rheuma**  
**Bad Lausick hilft Dir!**  
30 Minuten von Leipzig  
**Gicht Ischias**  
Nerven-, Herz-  
u. Frauenleiden  
Erschl. Regensrat-Kurort  
Mll. Pauschalkur. Prosp. Kurv.

### Teufobwald Herz-Rheuma-Nerven-Luftwege-Frauenleiden — Erm. Kurlage

**Staatl. Bad Meinberg**  
Lippe-Teufoburger Wald  
Gicht-, Rheuma-, Herz-, Nerven- und Frauenbad  
Inhalatorium  
Pauschalkuren

**Sommerfrische Heusenborg (Frankenwald)**  
Südl. Berge, schöne hügelige Zimmer, La. Heberbrunn, tüchtig Lage auf dem Sande, 3 Minuten vom Walde entfernt, bei voller Pension im Tage mit Zimmer, Bett und 4 fröhliche Mahlzeiten M. 4.—, Prospekt und Referenzen zu Diensten.  
**Landhaus Friedrich Wunner,**  
Heusenborg-Marktleipgang (Frankenwald)  
Bahnhofstation Münchberg (Oberfranken).

**Grünheide/Fangschleuse/Alt-Buchhorst**  
(Gemeinde Werlsee)  
Stadtbahnstation Erkner — Vorortstation Fangschleuse  
Motorboot durch Löcknitz nach Werl, Peetz- und Möllensee. — Postauto ab Bahnhof Erkner. — Herrliche Wälder, Seen, Freibäder — Gute Hotels, Pensionen und Privatlogis.  
Auskunft: Verkehrsbüro. Telefon: Erkner 612.

**SCALA PLAZA**  
Tägl. 5 u. 8 1/2 U.  
**10**  
VARIÉTÉ  
ATTRAKTIONEN  
Tägl. 5 u. 8 1/2 U.  
**GROSSE REVUE**  
LIEBE MICH

**Ostseebad Heiligenhafen**  
In Holstein  
Pension ab RM. 4.—  
Führer durch die Badeverwaltung

**Besuch! das von Bergen und Hochwald umgebene**  
**OSTSEEBAD MISDROY**  
Prospekte kostenlos durch Reisebüros, Verband Deutscher Ostseebäder u. Kurverwaltung.

Gelenk-, Nerven-, Frauenkrankheiten, Alterserscheinungen heilt  
**Bad Landeck**  
in Schlesien  
Radium-Thermalkuren  
Moorbäder pp.  
Pauschalkuren  
Auskunft u. Prospekte, Städt. Badeverwaltung und Reisebüros.

**GROSSES SCHAUSPIELHAUS**  
Täglich 8 Uhr. Im walden Nordst. in der Promenadenbesetzung nur noch 2 Wochen  
Regie: Erik Charell.

**Deutschlandjahr 1931**  
Parole:  
**Nordseebad Borkum**  
Preisabbau — Tages-Kurkarte  
Hochsee-Klima  
Prospekte durch die Badeverwaltung

**Nordseebad Tönning**  
die herrliche Sommerfrische.  
die sich jeder leisten kann.  
Sommer, grüner Seestrand / Gute Unterhalt / Reichl. Verpf. / Baden von 4 M. ab / Reine Partage / Delikatessen / Früher u. Wohnungsverhältnisse durch die Badeverwaltung M.  
**Parleigenossen**  
finden freundl. Aufnahme, reichlich Verpflegung, 5 Mahlzeiten, M. 3,75 pro Tag, im Mai M. 3,50, (Stetten mit Zugmitte direkt nach dem nahe Wald u. Bohn. **Albert Barges,** Barthelemystr., Harz.  
**Veräumen Sie nicht die weltberühmten Naturwunder des Harzes**  
die **Rübeländer Tropfsteinhöhlen**  
Hermannshöhle u. Baumannshöhle in Rübeland, Harz zu besichtigen.  
Gute Unterkunft in Hotels u. Privat jederzeit möglich.

**Moorbad Pretzsch-Elbe**  
das bestbewährte Heilbad  
Korpenschale für 28 Tage 65.— RM.  
**Torgelow in Pommern**  
rings von Kied. Wald umgeben. Flußbad. in Min. Anst. zum Halbinselstrand. Gemüll. und behagl. hübl. Sommerfrische: Frau Minna Böder, Torgelow i. P., Ueckerländer Str. 3a.

**Pfingsten**  
1. und 2. Feiertag  
6 1/2 vorm. **20 Pfg. FRÜHKONZERT**  
Ab 3 Uhr voller Betrieb  
Van 5 1/2 nach. bis 10 1/2 abts. **FREI-VARIÉTÉ**  
Fernando tanzt Weltrekord  
Pünktlich 9 Uhr 15 **FEUERWERK**  
Lo Meller-Ausstatt.-Revue  
Preis-Abbau **Eintr. 60 Pfg.**  
**KONZERT • TANZ •**

**Volksbühne**  
Theater am Bismarckplatz.  
8 Uhr  
**Die Ehe**  
Staatl. Schiller-Th.  
8 Uhr  
Liebe auf dem Lande  
33 Minuten in Grünberg

**Theater d. Westens**  
Täglich 8 1/2 Uhr  
**Schön ist die Welt**  
mit Kammeränger Otto Fassel  
**Lessing-Theater**  
Täglich 8 1/2 Uhr  
**Der rasende Sperling**  
Kinz, Vihrog, Meyn, Rex  
**Theater im Admiralspalast**  
Täglich 8 1/2 Uhr  
**Der lustige Krieg**  
Ann. Ahlers, Schöllner, Lilien, Priem  
**Komische Oper**  
8 1/2 Uhr  
**Alt-Heidelberg**  
Liedl. Englisch, Westheimer, H. J. Wobis, Pankert  
**Elite-Sänger**  
Kottbuser Str. 6  
Täglich 8 1/2 Uhr  
Im **Rosengarten**  
der **Liebe**  
Vorher: **Die erste Sololoil.**  
Wo spielt man gut und billig?  
**Nur Gross-Berlin Alexandroptin**

**AHLBECK OSTSEEBAD**  
Vor- und Nachaison kurtaxfrei — Hauptsaison bis 50 Proz. Kurtaxermäßigung — Prospekte durch die Badeverwaltung

**LUNA PARK**

**Deutsches Theater**  
8 Uhr  
**Der Hauptmann von Köpenick**  
v. Carl Zuckmayer  
Regie: Heinz Hilpert  
**Die Komödie**  
Täglich 8 1/2 Uhr  
**Dienst am Kunden**  
von Carl Bels und Max Hansen  
Regie: Hans Deppe  
**Kurlorentendamm-Theater**  
Bismarck 449  
8 1/2 Uhr  
**Alles Schwindel**  
von Marcellus Schiller.  
Musik von Mischa Spoliansky.  
Regie: Carl Götzmann

**Wintergarten**  
8 1/2 Uhr. Platz 3434. Kuchens erntet  
**Dayelma-Ballett**  
Original Pariser Cancan  
Kuban - Kosaken - Chor  
usw.  
Sonnab. u. an beiden Pfingstfeiertagen je 2 Vorstellungen 4 und 8 1/2 Uhr. 4 Uhr kleine Pr.  
**Theater im Admiralspalast**  
Täglich 8 1/2 Uhr  
**Der lustige Krieg**  
Ann. Ahlers, Schöllner, Lilien, Priem  
**Komische Oper**  
8 1/2 Uhr  
**Alt-Heidelberg**  
Liedl. Englisch, Westheimer, H. J. Wobis, Pankert  
**Elite-Sänger**  
Kottbuser Str. 6  
Täglich 8 1/2 Uhr  
Im **Rosengarten**  
der **Liebe**  
Vorher: **Die erste Sololoil.**  
Wo spielt man gut und billig?  
**Nur Gross-Berlin Alexandroptin**  
**Barnowsky-Bühnen**  
Theater in der Strommannstr.  
Täglich 8 1/2 Uhr  
**Gestern u. Heute**  
Komödienhaus  
Täglich 8 1/2 Uhr  
**Schwengels**  
mit Felix Uressart und Rosa Valetti  
**Metropol-Theater**  
Täglich 8 1/2 Uhr  
**Die Toni aus Wien**  
Mady Christians, Michael Böhm  
**Blumenspenden**  
jeder Art sofort preiswert  
**Paul Golletz**  
vormals Robert Meyer  
Mariannenstr. 3  
F 8, Oberbaum 1303

**Berliner Ulk-Trio**  
Neukölln. Lahnstr. 74/75 J  
**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Achtung! Achtung!  
Am Mittwoch, dem 27. Mai, wird der Eingang zum Verbandshaus, Cinenstr. 85/85, bis auf weiteres geschlossen und befindet sich der Eingang zu den Verbandshäusern in der Götter Str. 86/88, Eingang D. Die Ortsverwaltung.  
**Bekanntmachung.**  
Betrifft Anmeldepflicht bei Abschlag und Verwendung von Kohlenöl.  
Gemäß § 9, Absatz 2, Satz 2 des Mineralwasserwerksvertrages vom 15. April 1930 (R. G. Bl. I, Seite 199) in Verbindung mit § 62 der Durchführungsbestimmungen in der Fassung der Verordnung vom 18. Juni 1930 (Reichsministerialblatt 1930, Seite 215 und 400) unterliegen Betriebe aller Art, die Kohlenöl abgeben oder verwenden, der Anmeldepflicht nach § 62, Satz 1, der Mineralwasserwerksvertragsbestimmungen, nach der das Bundesministerium die näheren Bestimmungen über die Anmeldung dieser Betriebe trifft, erteile ich hiermit für das Stadtgebiet Berlin folgendes an:  
a) Betrieben, die Kohlenöl abgeben (Kohlenöl-Verfahrensbetriebe und -Anlagenbetriebe).  
b) Betrieben, die Kohlenöl abgeben oder verwenden, der Anmeldepflicht nach § 62, Satz 1, der Mineralwasserwerksvertragsbestimmungen, nach der das Bundesministerium die näheren Bestimmungen über die Anmeldung dieser Betriebe trifft, erteile ich hiermit für das Stadtgebiet Berlin folgendes an:  
a) Betrieben, die Kohlenöl abgeben (Kohlenöl-Verfahrensbetriebe und -Anlagenbetriebe).  
b) Betrieben, die Kohlenöl abgeben oder verwenden, der Anmeldepflicht nach § 62, Satz 1, der Mineralwasserwerksvertragsbestimmungen, nach der das Bundesministerium die näheren Bestimmungen über die Anmeldung dieser Betriebe trifft, erteile ich hiermit für das Stadtgebiet Berlin folgendes an:  
a) Betrieben, die Kohlenöl abgeben (Kohlenöl-Verfahrensbetriebe und -Anlagenbetriebe).  
b) Betrieben, die Kohlenöl abgeben oder verwenden, der Anmeldepflicht nach § 62, Satz 1, der Mineralwasserwerksvertragsbestimmungen, nach der das Bundesministerium die näheren Bestimmungen über die Anmeldung dieser Betriebe trifft, erteile ich hiermit für das Stadtgebiet Berlin folgendes an:  
a) Betrieben, die Kohlenöl abgeben (Kohlenöl-Verfahrensbetriebe und -Anlagenbetriebe).  
b) Betrieben, die Kohlenöl abgeben oder verwenden, der Anmeldepflicht nach § 62, Satz 1, der Mineralwasserwerksvertragsbestimmungen, nach der das Bundesministerium die näheren Bestimmungen über die Anmeldung dieser Betriebe trifft, erteile ich hiermit für das Stadtgebiet Berlin folgendes an:  
a) Betrieben, die Kohlenöl abgeben (Kohlenöl-Verfahrensbetriebe und -Anlagenbetriebe).  
b) Betrieben, die Kohlenöl abgeben oder verwenden, der Anmeldepflicht nach § 62, Satz 1, der Mineralwasserwerksvertragsbestimmungen, nach der das Bundesministerium die näheren Bestimmungen über die Anmeldung dieser Betriebe trifft, erteile ich hiermit für das Stadtgebiet Berlin folgendes an:  
a) Betrieben, die Kohlenöl abgeben (Kohlenöl-Verfahrensbetriebe und -Anlagenbetriebe).  
b) Betrieben, die Kohlenöl abgeben oder verwenden, der Anmeldepflicht nach § 62, Satz 1, der Mineralwasserwerksvertragsbestimmungen, nach der das Bundesministerium die näheren Bestimmungen über die Anmeldung dieser Betriebe trifft, erteile ich hiermit für das Stadtgebiet Berlin folgendes an:  
a) Betrieben, die Kohlenöl abgeben (Kohlenöl-Verfahrensbetriebe und -Anlagenbetriebe).  
b) Betrieben, die Kohlenöl abgeben oder verwenden, der Anmeldepflicht nach § 62, Satz 1, der Mineralwasserwerksvertragsbestimmungen, nach der das Bundesministerium die näheren Bestimmungen über die Anmeldung dieser Betriebe trifft, erteile ich hiermit für das Stadtgebiet Berlin folgendes an:  
a) Betrieben, die Kohlenöl abgeben (Kohlenöl-Verfahrensbetriebe und -Anlagenbetriebe).  
b) Betrieben, die Kohlenöl abgeben oder verwenden, der Anmeldepflicht nach § 62, Satz 1, der Mineralwasserwerksvertragsbestimmungen, nach der das Bundesministerium die näheren Bestimmungen über die Anmeldung dieser Betriebe trifft, erteile ich hiermit für das Stadtgebiet Berlin folgendes an:  
a) Betrieben, die Kohlenöl abgeben (Kohlenöl-Verfahrensbetriebe und -Anlagenbetriebe).  
b) Betrieben, die Kohlenöl abgeben oder verwenden, der Anmeldepflicht nach § 62, Satz 1, der Mineralwasserwerksvertragsbestimmungen, nach der das Bundesministerium die näheren Bestimmungen über die Anmeldung dieser Betriebe trifft, erteile ich hiermit für das Stadtgebiet Berlin folgendes an:  
a) Betrieben, die Kohlenöl abgeben (Kohlenöl-Verfahrensbetriebe und -Anlagenbetriebe).  
b) Betrieben, die Kohlenöl abgeben oder verwenden, der Anmeldepflicht nach § 62, Satz 1, der Mineralwasserwerksvertragsbestimmungen, nach der das Bundesministerium die näheren Bestimmungen über die Anmeldung dieser Betriebe trifft, erteile ich hiermit für das Stadtgebiet Berlin folgendes an:  
a) Betrieben, die Kohlenöl abgeben (Kohlenöl-Verfahrensbetriebe und -Anlagenbetriebe).  
b) Betrieben, die Kohlenöl abgeben oder verwenden, der Anmeldepflicht nach § 62, Satz 1, der Mineralwasserwerksvertragsbestimmungen, nach der das Bundesministerium die näheren Bestimmungen über die Anmeldung dieser Betriebe trifft, erteile ich hiermit für das Stadtgebiet Berlin folgendes an:  
a) Betrieben, die Kohlenöl abgeben (Kohlenöl-Verfahrensbetriebe und -Anlagenbetriebe).  
b) Betrieben, die Kohlenöl abgeben oder verwenden, der Anmeldepflicht nach § 62, Satz 1, der Mineralwasserwerksvertragsbestimmungen, nach der das Bundesministerium die näheren Bestimmungen über die Anmeldung dieser Betriebe trifft, erteile ich hiermit für das Stadtgebiet Berlin folgendes an:  
a) Betrieben, die Kohlenöl abgeben (Kohlenöl-Verfahrensbetriebe und -Anlagenbetriebe).  
b) Betrieben, die Kohlenöl abgeben oder verwenden, der Anmeldepflicht nach § 62, Satz 1, der Mineralwasserwerksvertragsbestimmungen, nach der das Bundesministerium die näheren Bestimmungen über die Anmeldung dieser Betriebe trifft, erteile ich hiermit für das Stadtgebiet Berlin folgendes an:  
a) Betrieben, die Kohlenöl abgeben (Kohlenöl-Verfahrensbetriebe und -Anlagenbetriebe).  
b) Betrieben, die Kohlenöl abgeben oder verwenden, der Anmeldepflicht nach § 62, Satz 1, der Mineralwasserwerksvertragsbestimmungen, nach der das Bundesministerium die näheren Bestimmungen über die Anmeldung dieser Betriebe trifft, erteile ich hiermit für das Stadtgebiet Berlin folgendes an:  
a) Betrieben, die Kohlenöl abgeben (Kohlenöl-Verfahrensbetriebe und -Anlagenbetriebe).  
b) Betrieben, die Kohlenöl abgeben oder verwenden, der Anmeldepflicht nach § 62, Satz 1, der Mineralwasserwerksvertragsbestimmungen, nach der das Bundesministerium die näheren Bestimmungen über die Anmeldung dieser Betriebe trifft, erteile ich hiermit für das Stadtgebiet Berlin folgendes an:  
a) Betrieben, die Kohlenöl abgeben (Kohlenöl-Verfahrensbetriebe und -Anlagenbetriebe).  
b) Betrieben, die Kohlenöl abgeben oder verwenden, der Anmeldepflicht nach § 62, Satz 1, der Mineralwasserwerksvertragsbestimmungen, nach der das Bundesministerium die näheren Bestimmungen über die Anmeldung dieser Betriebe trifft, erteile ich hiermit für das Stadtgebiet Berlin folgendes an:  
a) Betrieben, die Kohlenöl abgeben (Kohlenöl-Verfahrensbetriebe und -Anlagenbetriebe).  
b) Betrieben, die Kohlenöl abgeben oder verwenden, der Anmeldepflicht nach § 62, Satz 1, der Mineralwasserwerksvertragsbestimmungen, nach der das Bundesministerium die näheren Bestimmungen über die Anmeldung dieser Betriebe trifft, erteile ich hiermit für das Stadtgebiet Berlin folgendes an:  
a) Betrieben, die Kohlenöl abgeben (Kohlenöl-Verfahrensbetriebe und -Anlagenbetriebe).  
b) Betrieben, die Kohlenöl abgeben oder verwenden, der Anmeldepflicht nach § 62, Satz 1, der Mineralwasserwerksvertragsbestimmungen, nach der das Bundesministerium die näheren Bestimmungen über die Anmeldung dieser Betriebe trifft, erteile ich hiermit für das Stadtgebiet Berlin folgendes an:  
a) Betrieben, die Kohlenöl abgeben (Kohlenöl-Verfahrensbetriebe und -Anlagenbetriebe).  
b) Betrieben, die Kohlenöl abgeben oder verwenden, der Anmeldepflicht nach § 62, Satz 1, der Mineralwasserwerksvertragsbestimmungen, nach der das Bundesministerium die näheren Bestimmungen über die Anmeldung dieser Betriebe trifft, erteile ich hiermit für das Stadtgebiet Berlin folgendes an:  
a) Betrieben, die Kohlenöl abgeben (Kohlenöl-Verfahrensbetriebe und -Anlagenbetriebe).  
b) Betrieben, die Kohlenöl abgeben oder verwenden, der Anmeldepflicht nach § 62, Satz 1, der Mineralwasserwerksvertragsbestimmungen, nach der das Bundesministerium die näheren Bestimmungen über die Anmeldung dieser Betriebe trifft, erteile ich hiermit für das Stadtgebiet Berlin folgendes an:  
a) Betrieben, die Kohlenöl abgeben (Kohlenöl-Verfahrensbetriebe und -Anlagenbetriebe).  
b) Betrieben, die Kohlenöl abgeben oder verwenden, der Anmeldepflicht nach § 62, Satz 1, der Mineralwasserwerksvertragsbestimmungen, nach der das Bundesministerium die näheren Bestimmungen über die Anmeldung dieser Betriebe trifft, erteile ich hiermit für das Stadtgebiet Berlin folgendes an:  
a) Betrieben, die Kohlenöl abgeben (Kohlenöl-Verfahrensbetriebe und -Anlagenbetriebe).  
b) Betrieben, die Kohlenöl abgeben oder verwenden, der Anmeldepflicht nach § 62, Satz 1, der Mineralwasserwerksvertragsbestimmungen, nach der das Bundesministerium die näheren Bestimmungen über die Anmeldung dieser Betriebe trifft, erteile ich hiermit für das Stadtgebiet Berlin folgendes an:  
a) Betrieben, die Kohlenöl abgeben (Kohlenöl-Verfahrensbetriebe und -Anlagenbetriebe).  
b) Betrieben, die Kohlenöl abgeben oder verwenden, der Anmeldepflicht nach § 62, Satz 1, der Mineralwasserwerksvertragsbestimmungen, nach der das Bundesministerium die näheren Bestimmungen über die Anmeldung dieser Betriebe trifft, erteile ich hiermit für das Stadtgebiet Berlin folgendes an:  
a) Betrieben, die Kohlenöl abgeben (Kohlenöl-Verfahrensbetriebe und -Anlagenbetriebe).  
b) Betrieben, die Kohlenöl abgeben oder verwenden, der Anmeldepflicht nach § 62, Satz 1, der Mineralwasserwerksvertragsbestimmungen, nach der das Bundesministerium die näheren Bestimmungen über die Anmeldung dieser Betriebe trifft, erteile ich hiermit für das Stadtgebiet Berlin folgendes an:  
a) Betrieben, die Kohlenöl abgeben (Kohlenöl-Verfahrensbetriebe und -Anlagenbetriebe).  
b) Betrieben, die Kohlenöl abgeben oder verwenden, der Anmeldepflicht nach § 62, Satz 1, der Mineralwasserwerksvertragsbestimmungen, nach der das Bundesministerium die näheren Bestimmungen über die Anmeldung dieser Betriebe trifft, erteile ich hiermit für das Stadtgebiet Berlin folgendes an:  
a) Betrieben, die Kohlenöl abgeben (Kohlenöl-Verfahrensbetriebe und -Anlagenbetriebe).  
b) Betrieben, die Kohlenöl abgeben oder verwenden, der Anmeldepflicht nach § 62, Satz 1, der Mineralwasserwerksvertragsbestimmungen, nach der das Bundesministerium die näheren Bestimmungen über die Anmeldung dieser Betriebe trifft, erteile ich hiermit für das Stadtgebiet Berlin folgendes an:  
a) Betrieben, die Kohlenöl abgeben (Kohlenöl-Verfahrensbetriebe und -Anlagenbetriebe).  
b) Betrieben, die Kohlenöl abgeben oder verwenden, der Anmeldepflicht nach § 62, Satz 1, der Mineralwasserwerksvertragsbestimmungen, nach der das Bundesministerium die näheren Bestimmungen über die Anmeldung dieser Betriebe trifft, erteile ich hiermit für das Stadtgebiet Berlin folgendes an:  
a) Betrieben, die Kohlenöl abgeben (Kohlenöl-Verfahrensbetriebe und -Anlagenbetriebe).  
b) Betrieben, die Kohlenöl abgeben oder verwenden, der Anmeldepflicht nach § 62, Satz 1, der Mineralwasserwerksvertragsbestimmungen, nach der das Bundesministerium die näheren Bestimmungen über die Anmeldung dieser Betriebe trifft, erteile ich hiermit für das Stadtgebiet Berlin folgendes an:  
a) Betrieben, die Kohlenöl abgeben (Kohlenöl-Verfahrensbetriebe und -Anlagenbetriebe).  
b) Betrieben, die Kohlenöl abgeben oder verwenden, der Anmeldepflicht nach § 62, Satz 1, der Mineralwasserwerksvertragsbestimmungen, nach der das Bundesministerium die näheren Bestimmungen über die Anmeldung dieser Betriebe trifft, erteile ich hiermit für das Stadtgebiet Berlin folgendes an:  
a) Betrieben, die Kohlenöl abgeben (Kohlenöl-Verfahrensbetriebe und -Anlagenbetriebe).  
b) Betrieben, die Kohlenöl abgeben oder verwenden, der Anmeldepflicht nach § 62, Satz 1, der Mineralwasserwerksvertragsbestimmungen, nach der das Bundesministerium die näheren Bestimmungen über die Anmeldung dieser Betriebe trifft, erteile ich hiermit für das Stadtgebiet Berlin folgendes an:  
a) Betrieben, die Kohlenöl abgeben (Kohlenöl-Verfahrensbetriebe und -Anlagenbetriebe).  
b) Betrieben, die Kohlenöl abgeben oder verwenden, der Anmeldepflicht nach § 62, Satz 1, der Mineralwasserwerksvertragsbestimmungen, nach der das Bundesministerium die näheren Bestimmungen über die Anmeldung dieser Betriebe trifft, erteile ich hiermit für das Stadtgebiet Berlin folgendes an:  
a) Betrieben, die Kohlenöl abgeben (Kohlenöl-Verfahrensbetriebe und -Anlagenbetriebe).  
b) Betrieben, die Kohlenöl abgeben oder verwenden, der Anmeldepflicht nach § 62, Satz 1, der Mineralwasserwerksvertragsbestimmungen, nach der das Bundesministerium die näheren Bestimmungen über die Anmeldung dieser Betriebe trifft, erteile ich hiermit für das Stadtgebiet Berlin folgendes an:  
a) Betrieben, die Kohlenöl abgeben (Kohlenöl-Verfahrensbetriebe und -Anlagenbetriebe).  
b) Betrieben, die Kohlenöl abgeben oder verwenden, der Anmeldepflicht nach § 62, Satz 1, der Mineralwasserwerksvertragsbestimmungen, nach der das Bundesministerium die näheren Bestimmungen über die Anmeldung dieser Betriebe trifft, erteile ich hiermit für das Stadtgebiet Berlin folgendes an:  
a) Betrieben, die Kohlenöl abgeben (Kohlenöl-Verfahrensbetriebe und -Anlagenbetriebe).  
b) Betrieben, die Kohlenöl abgeben oder verwenden, der Anmeldepflicht nach § 62, Satz 1, der Mineralwasserwerksvertragsbestimmungen, nach der das Bundesministerium die näheren Bestimmungen über die Anmeldung dieser Betriebe trifft, erteile ich hiermit für das Stadtgebiet Berlin folgendes an:  
a) Betrieben, die Kohlenöl abgeben (Kohlenöl-Verfahrensbetriebe und -Anlagenbetriebe).  
b) Betrieben, die Kohlenöl abgeben oder verwenden, der Anmeldepflicht nach § 62, Satz 1, der Mineralwasserwerksvertragsbestimmungen, nach der das Bundesministerium die näheren Bestimmungen über die Anmeldung dieser Betriebe trifft, erteile ich hiermit für das Stadtgebiet Berlin folgendes an:  
a) Betrieben, die Kohlenöl abgeben (Kohlenöl-Verfahrensbetriebe und -Anlagenbetriebe).  
b) Betrieben, die Kohlenöl abgeben oder verwenden, der Anmeldepflicht nach § 62, Satz 1, der Mineralwasserwerksvertragsbestimmungen, nach der das Bundesministerium die näheren Bestimmungen über die Anmeldung dieser Betriebe trifft, erteile ich hiermit für das Stadtgebiet Berlin folgendes an:  
a) Betrieben, die Kohlenöl abgeben (Kohlenöl-Verfahrensbetriebe und -Anlagenbetriebe).  
b) Betrieben, die Kohlenöl abgeben oder verwenden, der Anmeldepflicht nach § 62, Satz 1, der Mineralwasserwerksvertragsbestimmungen, nach der das Bundesministerium die näheren Bestimmungen über die Anmeldung dieser Betriebe trifft, erteile ich hiermit für das Stadtgebiet Berlin folgendes an:  
a) Betrieben, die Kohlenöl abgeben (Kohlenöl-Verfahrensbetriebe und -Anlagenbetriebe).  
b) Betrieben, die Kohlenöl abgeben oder verwenden, der Anmeldepflicht nach § 62, Satz 1, der Mineralwasserwerksvertragsbestimmungen, nach der das Bundesministerium die näheren Bestimmungen über die Anmeldung dieser Betriebe trifft, erteile ich hiermit für das Stadtgebiet Berlin folgendes an:  
a) Betrieben, die Kohlenöl abgeben (Kohlenöl-Verfahrensbetriebe und -Anlagenbetriebe).  
b) Betrieben, die Kohlenöl abgeben oder verwenden, der Anmeldepflicht nach § 62, Satz 1, der Mineralwasserwerksvertragsbestimmungen, nach der das Bundesministerium die näheren Bestimmungen über die Anmeldung dieser Betriebe trifft, erteile ich hiermit für das Stadtgebiet Berlin folgendes an:  
a) Betrieben, die Kohlenöl abgeben (Kohlenöl-Verfahrensbetriebe und -Anlagenbetriebe).  
b) Betrieben, die Kohlenöl abgeben oder verwenden, der Anmeldepflicht nach § 62, Satz 1, der Mineralwasserwerksvertragsbestimmungen, nach der das Bundesministerium die näheren Bestimmungen über die Anmeldung dieser Betriebe trifft, erteile ich hiermit für das Stadtgebiet Berlin folgendes an:  
a) Betrieben, die Kohlenöl abgeben (Kohlenöl-Verfahrensbetriebe und -Anlagenbetriebe).  
b) Betrieben, die Kohlenöl abgeben oder verwenden, der Anmeldepflicht nach § 62, Satz 1, der Mineralwasserwerksvertragsbestimmungen, nach der das Bundesministerium die näheren Bestimmungen über die Anmeldung dieser Betriebe trifft, erteile ich hiermit für das Stadtgebiet Berlin folgendes an:  
a) Betrieben, die Kohlenöl abgeben (Kohlenöl-Verfahrensbetriebe und -Anlagenbetriebe).  
b) Betrieben, die Kohlenöl abgeben oder verwenden, der Anmeldepflicht nach § 62, Satz 1, der Mineralwasserwerksvertragsbestimmungen, nach der das Bundesministerium die näheren Bestimmungen über die Anmeldung dieser Betriebe trifft, erteile ich hiermit für das Stadtgebiet Berlin folgendes an:  
a) Betrieben, die Kohlenöl abgeben (Kohlenöl-Verfahrensbetriebe und -Anlagenbetriebe).  
b) Betrieben, die Kohlenöl abgeben oder verwenden, der Anmeldepflicht nach § 62, Satz 1, der Mineralwasserwerksvertragsbestimmungen, nach der das Bundesministerium die näheren Bestimmungen über die Anmeldung dieser Betriebe trifft, erteile ich hiermit für das Stadtgebiet Berlin folgendes an:  
a) Betrieben, die Kohlenöl abgeben (Kohlenöl-Verfahrensbetriebe und -Anlagenbetriebe).  
b) Betrieben, die Kohlenöl abgeben oder verwenden, der Anmeldepflicht nach § 62, Satz 1, der Mineralwasserwerksvertragsbestimmungen, nach der das Bundesministerium die näheren Bestimmungen über die Anmeldung dieser Betriebe trifft, erteile ich hiermit für das Stadtgebiet Berlin folgendes an:  
a) Betrieben, die Kohlenöl abgeben (Kohlenöl-Verfahrensbetriebe und -Anlagenbetriebe).  
b) Betrieben, die Kohlenöl abgeben oder verwenden, der Anmeldepflicht nach § 62, Satz 1, der Mineralwasserwerksvertragsbestimmungen, nach der das Bundesministerium die näheren Bestimmungen über die Anmeldung dieser Betriebe trifft, erteile ich hiermit für das Stadtgebiet Berlin folgendes an:  
a) Betrieben, die Kohlenöl abgeben (Kohlenöl-Verfahrensbetriebe und -Anlagenbetriebe).  
b) Betrieben, die Kohlenöl abgeben oder verwenden, der Anmeldepflicht nach § 62, Satz 1, der Mineralwasserwerksvertragsbestimmungen, nach der das Bundesministerium die näheren Bestimmungen über die Anmeldung dieser Betriebe trifft, erteile ich hiermit für das Stadtgebiet Berlin folgendes an:  
a) Betrieben, die Kohlenöl abgeben (Kohlenöl-Verfahrensbetriebe und -Anlagenbetriebe).  
b) Betrieben, die Kohlenöl abgeben oder verwenden, der Anmeldepflicht nach § 62, Satz 1, der Mineralwasserwerksvertragsbestimmungen, nach der das Bundesministerium die näheren Bestimmungen über die Anmeldung dieser Betriebe trifft, erteile ich hiermit für das Stadtgebiet Berlin folgendes an:  
a) Betrieben, die Kohlenöl abgeben (Kohlenöl-Verfahrensbetriebe und -Anlagenbetriebe).  
b) Betrieben, die Kohlenöl abgeben oder verwenden, der Anmeldepflicht nach § 62, Satz 1, der Mineralwasserwerksvertragsbestimmungen, nach der das Bundesministerium die näheren Bestimmungen über die Anmeldung dieser Betriebe trifft, erteile ich hiermit für das Stadtgebiet Berlin folgendes an:  
a) Betrieben, die Kohlenöl abgeben (Kohlenöl-Verfahrensbetriebe und -Anlagenbetriebe).  
b) Betrieben, die Kohlenöl abgeben oder verwenden, der Anmeldepflicht nach § 62, Satz 1, der Mineralwasserwerksvertragsbestimmungen, nach der das Bundesministerium die näheren Bestimmungen über die Anmeldung dieser Betriebe trifft, erteile ich hiermit für das Stadtgebiet Berlin folgendes an:  
a) Betrieben, die Kohlenöl abgeben (Kohlenöl-Verfahrensbetriebe und -Anlagenbetriebe).  
b) Betrieben, die Kohlenöl abgeben oder verwenden, der Anmeldepflicht nach § 62, Satz 1, der Mineralwasserwerksvertragsbestimmungen, nach der das Bundesministerium die näheren Bestimmungen über die Anmeldung dieser Betriebe trifft, erteile ich hiermit für das Stadtgebiet Berlin folgendes an:  
a) Betrieben, die Kohlenöl abgeben (Kohlenöl-Verfahrensbetriebe und -Anlagenbetriebe).  
b) Betrieben, die Kohlenöl abgeben oder verwenden, der Anmeldepflicht nach § 62, Satz 1, der Mineralwasserwerksvertragsbestimmungen, nach der das Bundesministerium die näheren Bestimmungen über die Anmeldung dieser Betriebe trifft, erteile ich hiermit für das Stadtgebiet Berlin folgendes an:  
a) Betrieben, die Kohlenöl abgeben (Kohlenöl-Verfahrensbetriebe und -Anlagenbetriebe).  
b) Betrieben, die Kohlenöl abgeben oder verwenden, der Anmeldepflicht nach § 62, Satz 1, der Mineralwasserwerksvertragsbestimmungen, nach der das Bundesministerium die näheren Bestimmungen über die Anmeldung dieser Betriebe trifft, erteile ich hiermit für das Stadtgebiet Berlin folgendes an:  
a) Betrieben, die Kohlenöl abgeben (Kohlenöl-Verfahrensbetriebe und -Anlagenbetriebe).  
b) Betrieben, die Kohlenöl abgeben oder verwenden, der Anmeldepflicht nach § 62, Satz 1, der Mineralwasserwerksvertragsbestimmungen, nach der das Bundesministerium die näheren Bestimmungen über die Anmeldung dieser Betriebe trifft, erteile ich hiermit für das Stadtgebiet Berlin folgendes an:  
a) Betrieben, die Kohlenöl abgeben (Kohlenöl-Verfahrensbetriebe und -Anlagenbetriebe).  
b) Betrieben, die Kohlenöl abgeben oder verwenden, der Anmeldepflicht nach § 62, Satz 1, der Mineralwasserwerksvertragsbestimmungen, nach der das Bundesministerium die näheren Bestimmungen über die Anmeldung dieser Betriebe trifft, erteile ich hiermit für das Stadtgebiet Berlin folgendes an:  
a) Betrieben, die Kohlenöl abgeben (Kohlenöl-Verfahrensbetriebe und -Anlagenbetriebe).  
b) Betrieben, die Kohlenöl abgeben oder verwenden, der Anmeldepflicht nach § 62, Satz 1, der Mineralwasserwerksvertragsbestimmungen, nach der das Bundesministerium die näheren Bestimmungen über die Anmeldung dieser Betriebe trifft, erteile ich hiermit für das Stadtgebiet Berlin folgendes an:  
a) Betrieben, die Kohlenöl abgeben (Kohlenöl-Verfahrensbetriebe und -Anlagenbetriebe).  
b) Betrieben, die Kohlenöl abgeben oder verwenden, der Anmeldepflicht nach § 62, Satz 1, der Mineralwasserwerksvertragsbestimmungen, nach der das Bundesministerium die näheren Bestimmungen über die Anmeldung dieser Betriebe trifft, erteile ich hiermit für das Stadtgebiet Berlin folgendes an:  
a) Betrieben, die Kohlenöl abgeben (Kohlenöl-Verfahrensbetriebe und -Anlagenbetriebe).  
b) Betrieben, die Kohlenöl abgeben oder verwenden, der Anmeldepflicht nach § 62, Satz 1, der Mineralwasserwerksvertragsbestimmungen, nach der das Bundesministerium die näheren Bestimmungen über die Anmeldung dieser Betriebe trifft, erteile ich hiermit für das Stadtgebiet Berlin folgendes an:  
a) Betrieben, die Kohlenöl abgeben (Kohlenöl-Verfahrensbetriebe und -Anlagenbetriebe).  
b) Betrieben, die Kohlenöl abgeben oder verwenden, der Anmeldepflicht nach § 62, Satz 1, der Mineralwasserwerksvertragsbestimmungen, nach der das Bundesministerium die näheren Bestimmungen über die Anmeldung dieser Betriebe trifft, erteile ich hiermit für das Stadtgebiet Berlin folgendes an:  
a) Betrieben, die Kohlenöl abgeben (Kohlenöl-Verfahrensbetriebe und -Anlagenbetriebe).  
b) Betrieben, die Kohlenöl abgeben oder verwenden, der Anmeldepflicht nach § 62, Satz 1, der Mineralwasserwerksvertragsbestimmungen, nach der das Bundesministerium die näheren Bestimmungen über die Anmeldung dieser Betriebe trifft, erteile ich hiermit für das Stadtgebiet Berlin folgendes an:  
a) Betrieben, die Kohlenöl abgeben (Kohlenöl-Verfahrensbetriebe und -Anlagenbetriebe).  
b) Betrieben, die Kohlenöl abgeben oder verwenden, der Anmeldepflicht nach § 62, Satz 1, der Mineralwasserwerksvertragsbestimmungen, nach der das Bundesministerium die näheren Bestimmungen über die Anmeldung dieser Betriebe trifft, erteile ich hiermit für das Stadtgebiet Berlin folgendes an:  
a) Betrieben, die Kohlenöl abgeben (Kohlenöl-Verfahrensbetriebe und -Anlagenbetriebe).  
b) Betrieben, die Kohlenöl abgeben oder verwenden, der Anmeldepflicht nach § 62, Satz 1, der Mineralwasserwerksvertragsbestimmungen, nach der das Bundesministerium die näheren Bestimmungen über die Anmeldung dieser Betriebe trifft, erteile ich hiermit für das Stadtgebiet Berlin folgendes an:  
a) Betrieben, die Kohlenöl abgeben (Kohlenöl-Verfahrensbetriebe und -Anlagenbetriebe).  
b) Betrieben, die Kohlenöl abgeben oder verwenden, der Anmeldepflicht nach § 62, Satz 1, der Mineralwasserwerksvertragsbestimmungen, nach der das Bundesministerium die näheren Bestimmungen über die Anmeldung dieser Betriebe trifft, erteile ich hiermit für das Stadtgebiet Berlin folgendes an:  
a) Betrieben, die Kohlenöl abgeben (Kohlenöl-Verfahrensbetriebe und -Anlagenbetriebe).  
b) Betrieben, die Kohlenöl abgeben oder verwenden, der Anmeldepflicht nach § 62, Satz 1, der Mineralwasserwerksvertragsbestimmungen, nach der das Bundesministerium die näheren Bestimmungen über die Anmeldung dieser Betriebe trifft, erteile ich hiermit für das Stadtgebiet Berlin folgendes an:  
a) Betrieben, die Kohlenöl abgeben (Kohlenöl-Verfahrensbetriebe und -Anlagenbetriebe).  
b) Betrieben, die Kohlenöl abgeben oder verwenden, der Anmeldepflicht nach § 62, Satz 1, der Mineralwasserwerksvertragsbestimmungen, nach der das Bundesministerium die näheren Bestimmungen über die Anmeldung dieser Betriebe trifft, erteile ich hiermit für das Stadtgebiet Berlin folgendes an:  
a) Betrieben, die Kohlenöl abgeben (Kohlenöl-Verfahrensbetriebe und -Anlagenbetriebe).  
b) Betrieben, die Kohlenöl abgeben oder verwenden, der Anmeldepflicht nach § 62, Satz 1, der Mineralwasserwerksvertragsbestimmungen, nach der das Bundesministerium die näheren Bestimmungen über die Anmeldung dieser Betriebe trifft, erteile ich hiermit für das Stadtgebiet Berlin folgendes an:  
a) Betrieben, die Kohlenöl abgeben (Kohlenöl-Verfahrensbetriebe und -Anlagenbetriebe).  
b) Betrieben, die Kohlenöl abgeben oder verwenden, der Anmeldepflicht nach

# Das Weltmonopol für Glühlampen

## Minen und Gegenminen der Kampfgruppen.

Dieser Tage fand in London eine weltwirtschaftlich hochbedeutende Tagung statt: eine Sitzung des Glühlampenkartells, an der sich sämtliche Mitglieder der hier zusammengefügten Industrie beteiligten. Es wurde beschlossen, das jetzt bestehende Kartell um weitere 20 Jahre zu verlängern.

Das jetzt bestehende internationale Kartell wurde im Jahre 1924 in Genf gegründet. Ihm gehören von führenden deutschen Werken

### die Osram, Julius Pintsch und Bergmann

an, ferner in Holland der Philipskonzern, in Frankreich die Compagnie des Lampes, in Ungarn die Vereinigte Glühlampen- und Elektrizitäts-A.-G., außerdem eine Reihe weiterer großer und kleiner Produzenten in fast allen bedeutenden Ländern der Welt.

Das Kartell ist so aufgebaut, daß in sämtlichen Ländern nationale Kartell-Unterorganisationen gebildet worden sind, die die Preise für die einzelnen Märkte bestimmen. Infolgedessen herrscht seit der Arbeitsaufnahme des Kartells fast überall das Monopol. Diese Herrschaft ist allerdings nicht ganz lückenlos. Neben einigen kleinen Außenseitern, die für das Kartell keine besondere Gefahr darstellen, gibt es einige Außenseitergruppen von größerer Bedeutung. Hierzu gehören

### die schwedische Genossenschaftsorganisation

und seit kürzerer Zeit vor allem Sowjetrußland, dessen Glühlampenlieferungen nach Mittel- und Asien, nach dem Fernen Osten und auch nach Südamerika die Kartellmitglieder bereits in erhebliche Unruhe versetzt haben. In absehbarer Zeit wird nun für das Aufkommen und Erstarken neuer Außenseiter dadurch in viel größerem Maße als bisher Gelegenheit gegeben, als die Patente, bis jetzt bei den Firmen des Kartells monopolisiert, in einer Reihe von Ländern vor dem Ablauf stehen. In den Jahren 1932, 1933 und 1934 werden diese Patente also auch anderen Produzenten zugänglich sein. Zwar heißt es, daß es den Kartellfirmen gelungen sein soll, für einige dieser Länder Verlängerungen ihrer Patente zu erzielen, doch bleibt natürlich die Gefahr eines sich verstärkenden Wettbewerbes in vielen Ländern bestehen.

Man hat nun dieser Gefahr schon seit längerer Zeit mit verschiedenen Mitteln energisch entgegengearbeitet. Gelegt wurden diese Gegenminen von einer Gesellschaft, die zwar formell nicht Mitglied des Kartells ist, die aber praktisch doch den Ausschlag für dessen Politik gibt. Dies ist die amerikanische General Electric Company, der größte Glühlampenproduzent der Welt und Teilnehmer bei fast allen bedeutenden Glühlampenfirmlen Europas. Kapitalbeteiligungen bestehen bei der Osram, beim Philips-Konzern, bei der französischen Compagnie des Lampes und bei der Vereinigten Glühlampen- und Elektrizitäts-A.-G. in Budapest. Diese Kapitalbeteiligungen wurden in den letzten Jahren aufgenommen oder verstärkt.

Die größten Produzenten der Welt sind somit auch kapitalmäßig eng miteinander verbunden.

Diese Gesellschaften verfügen über große moderne Fabrikationswerk-

stätten mit relativ niedrigen Produktionskosten; im Besitz dieser Anlagen und im Bunde mit der allmächtigen General Electric Co. hoffen sie, in der Lage zu sein, jeden irgendwo auftauchenden Außenseiter aufzulaugen oder zu erdrücken.

Daß die Bemühungen um das Glühlampengebiet der Welt so planmäßig und so zäh geführt werden, erklärt sich aus den Gewinnmöglichkeiten, die dies Geschäft abwirft. Da die Osram in Form einer G. m. b. H. arbeitet und Bilanzen nicht veröffentlicht, so hat die Öffentlichkeit allerdings keinen Einblick in die Höhe der erzielten Profite. Sie müssen aber außerordentlich groß sein. Das Glühlampengebiet ist von der Konjunktur nur wenig abhängig, die Preise können, wie bereits erwähnt, infolge der Kartellvereinbarungen in den meisten Ländern, vor allem auf den hauptsächlichsten Märkten nur insoweit sinken, als die Kartellfirmen es für richtig halten. Die Brenndauer der Durchschnittsglühlampe soll auf etwa 800 Brennstunden beschränkt sein, so daß also jede Lampe nach einer nicht allzulangen Lebenszeit unter Garantie durch eine andere ersetzt werden muß. Den an der Glühlampenfabrikation interessierten Elektrofirmen müßte es natürlich außerordentlich unangenehm sein, wenn eines Tages von ernsthaften Außenseitern durch diese glatte Rechnung ein Strich gemacht würde.

Dies ist die Ursache, weshalb sich die Kartellmitglieder entschlossen haben, jetzt in London noch vor Ablauf des Kartells ihren Willen zu bekunden, ihre Weiterorganisation bis zum Jahre 1932 aufrechtzuerhalten. Man will der Welt, das heißt den Außenseitern und denen, die es werden wollen, zeigen, daß man nicht daran denkt, sich

### das so massiv untermauerte Glühlampen-Weltmonopol freitrag machen

zu lassen. Wahrscheinlich hat man bei dieser Gelegenheit auch die jetzt bestehenden Kontingente und die Interessengrenzungen den inzwischen eingetretenen Marktveränderungen angepaßt. Gleichzeitig wird nun angekündigt, daß die Absicht besteht, die Glühlampenpreise in verschiedenen Ländern erheblich herabzusetzen. In Holland hat Philips bereits eine Senkung um 20 Proz. durchgeführt; eine Preisreduzierung soll auch kürzlich in England statt. Dagegen sollen in Deutschland die Verkaufspreise nicht abgebaut werden. Angesichts des durch die Krise wahrscheinlich gar nicht oder nur wenig betroffenen Umsatzes und angesichts der zweifellos überall hohen Gewinne können sich die meisten Kartellfirmen solche Herabsetzungen ohne Schwierigkeiten leisten. Auch das ist eine Maßnahme, die die Außenseiter von dem Eindringen auf den Markt abschrecken soll. Es ist anzunehmen, daß die Kartellfirmen auf Grund der in den letzten Jahren durchgeführten Rationalisierungsmaßnahmen in der Lage sind, auch gegebenenfalls

### mit weitaus niedrigeren Kampfspreisen

auszumarten. Es deutet also alles darauf hin, daß dieses internationale Kartell mit allen nur möglichen Mitteln erhalten werden soll. Man muß hinzufügen, daß diese Organisation von allen internationalen Kartellen wohl das einzige ist, das tatsächlich den Weltmarkt in straffer Organisation beherrscht.

Maßnahmen der Reichsbahn im Kampf gegen den Kraftwagen ihren Zweck leider verfehlen, da die auf den Kraftwagen abgemanderten hochwertigen Güter zum großen Teil in den Stückgutklassen, nicht aber in den Wagenladungsklassen vorhanden sind. Das praktische Ergebnis dieser Vorlage wäre also, daß durch die vorgesehene Senkung der genannten Tarifklassen ein beträchtlicher Einnahmeverlust eintreten würde, der auf keinen Fall durch die Rückwanderung hochwertiger Güter zur Reichsbahn ausgeglichen werden könnte. Die Reichsbahnverwaltung erkennt an, daß eine als Ausgleich vorgenommene Frachterhöhung für Massengüter, vornehmlich also für Kohle und Baustoffe, bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage verhängnisvoll wäre. Sie fordert daher nachdrücklich die Schaffung eines Kraftfahrzeuggesetzes, das für die beiden Beförderungsarten gleiche Verhältnisse schafft. Hierdurch würde der volkswirtschaftlich so bedauerliche Wettbewerb zwischen den beiden Verkehrsmitteln beseitigt werden.

Diese Mittelungen der Deutschen Reichsbahn können als der Extrakt der Verhandlungen aufgefaßt werden, die seit der Veröffentlichung des Schenker-Vertrages zwischen Reichsbahn und Reichsverkehrsministerium stattgefunden haben. Die Dinge sind offenbar so weit gediehen, daß das Reichsverkehrsministerium seinen Widerstand gegen den Schenker-Vertrag aufgegeben hat, nachdem die Reichsbahn auf die im Verträge vorgesehene Wettbewerbsbestimmungen, besonders die Regelung der Kraftwagenverkehrs, verzichtet hat.

# Drenstein-Konzern in der Krise.

## 86 Millionen Umsatz. — Verminderte Geldflüssigkeit.

Der Drenstein u. Koppel-Konzern, eines der führenden Unternehmen in der Berliner Metallindustrie, wird für das Geschäftsjahr 1930 keine Dividende ausschütten, nachdem im vorigen Jahr 6 Proz. an die Aktionäre gezahlt wurden. Die Dividendeneinstellung bei diesem Unternehmen ist offenbar nicht ganz ohne bilanztechnisches Zutun der Verwaltung vorgenommen worden, was bei Drenstein u. Koppel auch nicht überraschend ist, da die Verwaltung die Reservenanhäufung schon von jeher mit wahrer Meisterhaft ausübt.

Somit steht jedenfalls fest, daß auch der dividendenlose Abschluß der Drenstein u. Koppel A.-G. keinesfalls den Beweis liefert, daß die Großbetriebe in der Berliner Metallindustrie nicht mehr rentabel arbeiten können. Man muß im Gegenteil feststellen, daß das Unternehmen im Hinblick auf die Dauer und die Wucht der Wirtschaftskrise ein bemerkenswertes Widerstandsfähigkeit aufweist. Dies zeigt sich in erster Linie darin, daß der Gesamtumsatz im Konzern im Jahre 1930 nur um 10 Proz. auf 86 Millionen Mark zurückgegangen ist. In diesen Umsatz sind auch die Verkäufe der im Vorjahr neu aufgekauften Waggonwerke in Dessau und Gotha miteingerechnet. Rund 60 Proz. des Gesamtumsatzes stellten Auslandsverkäufe dar. Wenn gegenüber dieser geringen Umsatzenkung der ausgewiesene Rohgewinn mit 2,14 Millionen Mark um mehr als die Hälfte gegenüber 1929 gesunken ist und der Reingewinn nur einen Bruchteil ausmacht, so wird die Verwaltung zweifellos vom Rohgewinn nur geringe Beträge für Reserven abgezogen haben. Der im Geschäftsbericht gegebene Hinweis, daß für den Gewinnrückgang der Preisbruch im Auslandsgehalt entscheidend gewesen sei, wirkt nicht überzeugend. Wenn auch das Auslandsgehalt zweifellos stark umtänpft ist, wird die Drenstein-Verwaltung die Deffenlichkeit kaum davon überzeugen, daß sie sozusagen gänzlich ohne Nutzen gearbeitet hat.

Die Bilanz selbst zeigt, wie man das bei Drenstein u. Koppel seit Jahren gewohnt ist, ein glänzendes Bild. Unter den mit 7,8 Millionen Mark ausgewiesenen Schulden sind zur guten Hälfte Rückstellungen enthalten, so daß die tatsächlichen Schulden des Konzerns noch nicht 4 Millionen Mark erreichen. Demgegenüber stehen allein rund 7 Millionen Mark Guthaben und Wechsel und ferner 11,5 Millionen Mark Forderungen an Kunden und Tochtergesellschaften.

Die gesamten Außenstände der Gesellschaft in Höhe von 18,5 Millionen Mark sind also fast fünfmal so hoch wie die laufenden Schulden. Eine derartige Bilanzflüssigkeit dürften in Deutschland nur wenige Unternehmen aufweisen, und im Maschinenbau ist sie in der Tat einzigartig.

Die Belegschaft des Konzerns, der in den Spandauer und Dremwiger Betrieben bereits im November vorigen Jahres ein Lohnabbau diktiert wurde, und in den übrigen Betrieben im Reich etwas später, hat im wesentlichen durch ihre Mehrleistungen dazu beigetragen, daß die Vermögenssubstanz der Drenstein u. Koppel A.-G. in der schwersten Krise aller Zeiten nicht im geringsten angetastet wurde.

In den ersten Monaten des laufenden Jahres ist die Gesellschaft noch mit einem befriedigenden Auftragsbestand einsetzt. In letzter Zeit hat sich im Waggonbau die Lage verschlechtert, während in den Maschinenbaubetrieben noch ein Auftragsbestand für mehrere Monate vorliegt.

Die Metallarbeiter werden für die Geschehnisse in dieser Krise ein gutes Gedächtnis haben und auch bei Drenstein u. Koppel zu gegebener Zeit ihre Rechnung präsentieren.

Wasserstraßenbau und Arbeitslosigkeit. Auf einer Tagung des Zentralvereins für deutsche Binnen-Schiffahrt sprach Oberrichter Leopold über die Frage, wie weit der Wasserstraßenbau zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit forciert werden könne. Zunächst werde allgemein die Zahl der Arbeiter, die möglicherweise beschäftigt werden könnten, überschätzt. Dann erforderten größere Rebaupläne eine so langwierige und gründliche Vorbereitung, daß ihre Durchführung zur Beseitigung einer akuten Krise nicht möglich sei. Was man aber tun könne, sei die Verlegung der zeitlichen und örtlichen Schwerpunkte im Ausbau, um für einzelne Orte eine vorübergehende Erleichterung der Arbeitslosenlast zu erwirken. Der Anteil aller Löhne bei Wasserstraßenbauten sei mit 70 bis 80 Proz. der Gesamtkosten ermittelt worden. — In einer Entscheidung empfiehlt der Verein den Ausbau von Kanälen entgegen dem Gutachten der Braun-Kommission dann, wenn die Notwendigkeit des Baues sachlich begründet sei.

# Der Welthandel im Jahre 1930.

## Wertmäßiger Rückgang gegenüber 1929 um 20 Prozent.

Im Heft 9 von „Wirtschaft und Statistik“ wird eine Uebersicht über den Außenhandel von 48 Staaten, die fast 90 Prozent des Welthandels erfährt, für das Jahr 1930 gegeben. Der wertmäßige Rückgang des Welthandels um 19,6 Prozent gegenüber 1929 ist mindestens zur Hälfte auf den internationalen Preisrückgang zurückzuführen; mengenmäßig ist also ein Rückgang von etwa 7 bis 9 Prozent zu verzeichnen.

Der Umsatz im Außenhandel (also Einfuhr und Ausfuhr zusammen) ist bei 25 europäischen Ländern von 146 auf 124,8 Milliarden Mark, also um 14,3 Prozent zurückgegangen. Bei 23 außereuropäischen Ländern aber betrug der Umsatzrückgang — nur 107,3 auf 78,9 Milliarden Mark — 26,4 Prozent. Der Anteil der europäischen Länder am Welthandel, der seit 1927 steigende Tendenz zeigt, hat sich also noch erhöht.

Da bei den europäischen Ländern die Einfuhr stärker als die Ausfuhr zurückgegangen ist, ist die Passivität des gesamten europäischen Außenhandels stark (um 14,3 Prozent) zurückgegangen. Hierbei wirkte sich vor allem die starke Aktivierung der deutschen Handelsbilanz aus. Von der allgemein rückläufigen Bewegung des Außenhandels machen nur drei europäische Länder (Rußland, Spanien und Litauen) eine Ausnahme; der russische Außenhandel z. B. erhöhte sich von 3,9 auf 4,5 Milliarden Mark. Die europäische Einfuhr ist am stärksten bei den ost- und südosteuropäischen Ländern zurückgegangen. Der Rückgang bei Bulgarien erreichte 45 Prozent gegenüber dem Vorjahre; aber auch bei Deutschland (um 22,7 Prozent) und Italien (um 20,9 Prozent) war er stark. Die drei nordischen Länder Schweden, Norwegen und Dänemark dürften eine mengenmäßig gestiegene Einfuhr zu verzeichnen gehabt haben. Die europäische Ausfuhr ist am stärksten nach Uebersee und nach Deutschland, weniger stark nach dem übrigen Europa zurückgegangen. Den stärksten Rückgang hatten Großbritannien mit 21,8 Prozent und Italien mit 20,6 Prozent aufzuweisen.

Eine Betrachtung des Außenhandels nach Warengruppen ergibt, daß die europäische Einfuhr besonders stark bei Rohstoffen und Lebensmitteln, die europäische Ausfuhr besonders bei industriellen Fertigwaren zurückgegangen ist. Da die Ernten 1929 und 1930 in Europa verhältnismäßig günstig waren, war der Zuschußbedarf an Lebensmitteln und daher ihre Einfuhr gering. Der starke Preisrückgang für Rohstoffe zeigt die Einfuhr von Rohstoffen wertmäßig stärker gesunken als sie mengenmäßig tatsäch-

lich war. Da die überseeischen Länder von der Weltwirtschaftskrise stärker betroffen wurden als die europäischen, ist die Ausfuhr von Fertigwaren nach Uebersee besonders stark zurückgegangen.

Im Außenhandel der außereuropäischen Länder ging die Ausfuhr stärker als die Einfuhr zurück; die Aktivität ihrer Handelsbilanz ist daher zurückgegangen. Nur Brasilien zeigt einen gesteigerten Ausfuhrüberschuß. Die Einfuhr der Vereinigten Staaten ist um 28,2 Prozent, ihre Ausfuhr um 26,7 Prozent gesunken. Noch stärker ging der Außenhandel von Brasilien, Argentinien, Australien und Südwestafrika zurück. Der Rückgang der Einfuhr der außereuropäischen Länder entfällt zu mehr als der Hälfte auf industrielle Fertigwaren, und zwar zum größeren Teil auf Verbrauchsgüter (Textilien, Lederwaren, Papier usw.). Am Rückgang der Ausfuhr sind Rohstoffe und Lebensmittel zusammen mit etwa drei Vierteln, Fertigwaren mit einem Viertel beteiligt. Die Fertigwarenausfuhr spielt bei den außereuropäischen Ländern aber nur bei den Vereinigten Staaten, Japan und Kanada eine größere Rolle. Bei den anderen Ländern ist allein die Ausfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen bestimmend.

# Vor einem Kraftwagengefetz?

## Reichsbahn und Verkehrsministerium.

Der Kampf der Reichsbahn gegen die Konkurrenz des Motors ist jetzt in sein entscheidendes Stadium getreten. Nach einem toben von der Deutschen Reichsbahnverwaltung veröffentlichten Komunique hat die Reichsbahndirektion Berlin im Auftrag der Hauptverwaltung eine Vorlage wegen Tarifänderungen bei den Wagenladungsklassen A und B angearbeitet. Danach sollten die für diese Klassen in Frage kommenden Gütertarife gesenkt, andererseits aber die für den Massengüterverkehr in Frage kommenden unteren Wagenladungsklassen heraufgesetzt werden. Dieser Vorschlag ist sowohl vom Verwaltungsrat der Reichsbahn wie auch vom Reichsverkehrsministerium als untragbar abgelehnt worden.

Darauf hat die Reichsbahndirektion Berlin eine erneute Vorlage ausgearbeitet, in der die Wagenladungsklassen A und B unter gleichzeitiger Senkung der Tariffätze zusammengefaßt werden. Damit trägt die Reichsbahn den schon seit langem erwogenen Wünschen der Wirtschaft auf Verbilligung der Frachten für höherwertige Güter Rechnung.

Die Hauptverwaltung der Reichsbahn erklärt nun zu diesem neuen Vorschlag ihrer Berliner Direktion, daß diese Konkurrenz-

# Sicherheit: DUNLOP

# Alfred Weintraub: Ibsen, der Sozialkritiker

Zum 25. Todestage des Dichters

„Alles oder nichts!“  
(Zeitspruch im „Brand“.)

Niemals war Ibsen Sozialdemokrat. Wie Bernerstorfer erzählt, verurteilte der große Dramatiker Viktor Adler gegenüber allen Parteimitgliedern, weil es die Individualität erbrüde. Doch ist die Ansicht gefälschter, daß er aus einer gewissen Verschlossenheit seines Charakters heraus seiner Partei angehörte. Dennoch gab er zu, als man ihm sagte, sein dichterischer Freund und Landsmann Björnson habe sich für einen Sozialisten: Ja, das dürfte ich auch sein. Und er betont einmal, er sei auf anderem Wege als die wissenschaftlichen Sozialisten zu denselben Resultaten gelangt wie diese. Freilich, in seinen Werken besetzt er sich nicht eigentlich mit sozialen Problemen im engeren Sinne, wenigstens er empört und gründlich mit den Stützen der bürgerlichen Gesellschaft, ihren Scheinheligen, Glücksrittern und Schurken abrechnet, und, wenn er unerbittlich die Masken herabreißt von den geheiligten Meinungen und Einrichtungen, den Feitscharakter der herrschenden Ordnung bloßlegt. (Das Bürgertum verjuchte es übrigens einmal, ihn als ihres Geistes zu beanspruchen, da er in dem „Volksfeind“ energisch loszieht gegen die Klasse, die „kompakte Majorität“ — nur vergah man absichtlich, daß diese Klasse in dem Stück wie im damaligen Norwegen jätisch aus eingeseilt reaktionären Kleinbürgern besteht, die durchschnittlich Freiheits- und bildungsfeindlich sind, und man unterließ seine Erklärung: „Die Art Plebs, von der ich hier rede . . . von der kriecht und wimmelt es rings um uns her — bis hinauf zu den Höhen der Gesellschaft!“)

Aber in Reden und Aufsätzen, in Briefen und Gedichten hat er sich vielfältig mit dem Problem beschäftigt, und seine Liebe zum pieteten Stand kundgetan. Vor allem in der berühmten Rede, die er 1885 im Verein Dröninghøimer Arbeiter hielt und die von der bürgerlichen Presse vergeblich totgeschwiegen wurde. Unter anderem sagt er, er sei sich dessen bewußt, daß die „Demokratie von heute“ (also die politische Demokratie!) nicht imstande sei, die großen Aufgaben der Zukunft zu lösen. Es müsse ein adeliges Element in Staatsleben, Regierung, Volkserziehung und Presse kommen. „Ich denke natürlich nicht an den Adel der Geburt und auch nicht an den Geldadel, nicht an den Adel der Wissenschaft und nicht einmal an den Adel des Genies oder der Begabung. Sondern ich denke an den Adel des Charakters, an den Adel des Willens und der Gesinnung. Der ist es, der uns freimachen kann.“ Dieser Adel wird von zwei Seiten kommen: „Von unseren Frauen und von unseren Arbeitern.“ Die Arbeiterklasse stehe ihm unter allen Ständen am nächsten, und er bittet, hinzuzufügen, daß er hoffe, in der Zukunft würden dem Arbeiter solche Lebensbedingungen und soziale Lage vorbehalten sein, die er mit herzlichster Freude willkommen heiße. Er bedauert es bloß, daß er nicht direkt für das Wohl des Arbeiterstandes wirken dürfe.

Es wird uns merkwürdig erscheinen, daß Ibsen zeitweilen sich den Arbeitern verbunden fühlte, wenn wir erfahren, daß er als Sohn eines begüterten Handelsherrn zur Welt kam. Aber das Geburtshaus lag in unmittelbarer Nachbarschaft von Brøgger, Arreftanfalt und Jernhus, die dem ersten Knaben viel Kopfgeld machten. Und als Henrik acht Jahre zählte, brach das Geschäftshaus des Vaters zusammen. Er muß infolge pekuniärer Not seinen herzenswunlich, Maler zu werden, aufgeben und wird, fünfzehnjährig, Apothekerlehrling. Der Haß des Deklassierten wider seinen Geburtsstand ist der stärkste! In einem Gedicht teilt

der Jüngling die Menschheit in zwei Klassen: „Die geladenen Gäste beim Feste des Lebens und die armen Zuschauer auf der Straße, die zu den beleuchteten Fenstern emporstarren, vom Nachwind durchgehauert.“

Seither ist sein Leben das eines Revolutionärs. Ob er nun die Honoratioren der Kleinstadt in bissigen Satiren angriff (sein Auftreten, erzählt er weiters später in der Vorrede zur Neubearbeitung seines „Katalina“, berechtigte die Gesellschaft tatsächlich nicht zur Hoffnung, die „Bürgerugenden“ würden durch ihn einen Zuwachs erhalten), ob er im Freiheitsjahre 1848 stürmisch den rebellischen Ungarn jubelte. Im Trauerspiel „Katalina“ versucht er eine Ehrenrettung des gewaltigen altrömischen Auführers, den seine Feinde mit Dreck besudelten. Auch gewinnt der junge, schwer ums Dasein ringende Dichter Fühlung mit der Arbeiterpartei, nimmt an Versammlungen und Demonstrationen teil und schreibt für Kampfbücher. Einmal entgeht er mit knapper Not der Verhaftung.

Aber auch später, als europäischer Dramatiker und Weltberühmtheit blieb er den Prinzipien der Jugend treu. Wenn er vorwärts in Gedichten wie „Abraham Lintolns Ermordung“ und „An meinen Freund, den Revolutionsredner“ seine Bereitschaft zum Kampfe nicht verleugnete („Nacht taboia rasa! Da werd ich nicht fehlen!“), so bekennet der Gereifte rückwärtswendend, er sei heute wieder derselbe wie ehemals, und gibt er zu, er habe „Sturmweiser immer geliebt“. Der Dichter des Peer Gynt bezeichnet es in einem Briefe an den Dänen Brandes als Aufgabe der Zeit, den Begriffen der Revolution einen neuen Inhalt und eine neue Erklärung zu geben, da doch Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit nicht mehr dieselben Dinge seien, die sie zur Zeit der seligen Guillotine waren. Im selben Brief fordert er ihn auf, sich zu denen zu schlagen, die „bei der Revolutionierung des Menschengeistes an der Spitze marschieren“.

Aber die politischen und geistigen Verhältnisse in Norwegen waren derartig trübe, daß er der Dampfkraft entfliehen mußte. Seit längerem hatte er sich bereits — im Gegensatz zu Björnson, der unentwegt und unbedingt auf Seite der Linken kämpfte — mühsam abgemeldet von dem parlamentarischen Treiben. Ihm schwebte nämlich eine Revolution ganz großen Stiles vor, die den Staat überhaupt beseitigt. Er wird Eigenbrötler und Egoist. Aber wenn man, wie Brandes, diesen Individualismus genau nachprüft, so wird man in ihm einen verborgenen Sozialismus entdecken.

Aber als er nach einem Menschenalter heimkehrt, findet er noch immer alle „Kanäle des Verständnisses verstopft“. Die „kompakte Majorität“ setzt sich immer noch aus den besitzenden Klassen und deren Tröb und Mülläufzern zusammen, die Arbeiterbewegung ist noch unentwickelt. Seine Anschauungen haben sich keinesfalls geändert, bloß — er ist skeptischer geworden. Resigniert schreibt der fast Siebzighährige, es gewähre ja eine gewisse Befriedigung, in den Ländern ringsum bekannt zu sein. „Aber ein Glücksgefühl bringt es nicht.“ Und später: „Hier — habe ich ja das Land meiner Geburt. Aber — aber: wo finde ich das Land meiner Heimat?“

Das neunzehnte Jahrhundert brachte nicht die Erlösung. Er durfte noch das Wahnen des vierten Standes erleben. Es waren inzwischen mächtige Schritte in die Zukunft hinein geschehen. Aber Julian Apostata-Ibsen sollte noch nicht das neue Reich erblicken, das er gehofft und vorausgesehen, das Reich der wahren Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit! . . .

# Crude E. Schulz: Bürger und Revolutionär

Henrik Ibsen und sein Werk

„Ibsen ist unendlich radikal; ich habe ihn und seine Anschauungen jetzt näher kennengelernt. Eines Abends ging ich mit ihm und dem Dichter R. N., der sich diesen Winter hier aufhält, in ein Restaurant; spät am Abend, etwa beim sechsten Glas, ließ Ibsen seiner Zunge freien Lauf, und da hätten sie ihn hören sollen! . . . Ibsen will weder Rationalität noch sonst etwas mehr anerkennen; er ist Anarchist vom reinsten Wasser, will tabula rasa machen, den Torpedo unter die ganze Erde legen; die Menschheit muß anfangen, die Welt wieder von Grund aus neu aufzubauen — und da beim Individuum anfangen! Dieses zu bauen, dazu leben wir. Die Staaten und alles andere müssen vernichtet werden, soweit sie irgendwie diese Arbeit beeinträchtigen; dann werden vielleicht an Stelle der heutigen Gemeinwesen und Staaten eine Art Versicherungsgesellschaften kommen. Im übrigen bleibt es Sache der Gesellschaft, dafür zu sorgen, was zustande kommen kann. Die große Aufgabe unserer Zeit ist, das Bestehende in die Luft zu sprengen — zu zerstören.“

Als man ihm ein andermal hart auf den Leib rückte — als man darauf hinwies, welche schwere Verantwortung er damit auf sich nehme, da verchanzte er sich schließlich hinter der merkwürdigen Versicherung: die verschiedenen Menschen haben von der Natur verschiedene Aufgaben zugewiesen erhalten; die Natur hat ihnen das Talent und den Drang gegeben, dies oder jenes zu tun, dem einen dies, dem anderen jenes; so muß jeder Vogel singen, wie ihm der Schnabel gewachsen ist, und damit löst er die ihm von der Natur zugewiesene Aufgabe — und seine Rechtfertigung muß dann sein, daß er in Wahrheit sagen kann wie Luther: hier stehe ich, ich kann nicht anders. Gott helfe mir. Amen. Eine merkwürdige, großartige Persönlichkeit! — Ich erwähnte das „sechste Glas“; das soll nicht heißen, daß Ibsen oft so weit kommt; aber ab und zu, wenn er mit jemandem zusammen ist, mit dem er sich gern aussprechen will, geht er gern ins Café und bleibt dann sitzen und räsoniert bis tief in die Nacht hinein. Aber dies geschieht ja nur selten einmal und hat im übrigen gar keinen Einfluß auf sein Leben und seine ernste Arbeit.“

Den Brief schrieb am 4. Januar 1883 ein norwegischer Bekannter aus Rom an Freunde in der Heimat. Ibsen war damals 54 Jahre alt. Ist dieser Brief ein Steckbrief seines Geistes?

„Ich habe mich in letzter Zeit stark mit dem Gedanken beschäftigt, mir, wenn möglich, eine kleine Villa oder richtiger ein Bandhaus in der Nähe von Christiania zu kaufen, am Fjord, wo ich einzig und allein meiner Arbeit leben könnte.“ vertraut Ibsen selber etwa ein Jahr später seinem Verleger Hegel an. Er hat sich „im Laufe der Zeit eine gar nicht kleine Sammlung von Kunstwerken, hauptsächlich von Bildern zugelegt, und all das ist nun in einem Speicher in Rindgen magaziniert, ohne daß wir irgendwelche Freude daran haben“.

Diese Sehnsucht nach Ruhe und Beschaulichkeit paßt schlecht zum Bild des umstürzlerischen Anarchisten. Und doch spiegeln beide Briefe etwas von Ibsens Persönlichkeit, die immer eine seltsame

Zweifel darstellte. Ibsen freute sich wie ein Kind an Orden und Ehrenzeichen, mit denen er sich zum Entsetzen und Spott Björnsons bei allen Gelegenheiten behängt; er unternahm eine weite Reise nach Stockholm, um persönlich dem schwedischen König für eine Gratulation zu seinem siebzehnten Geburtstag zu danken. Menschenscheu, selbst in den Großstädten fast immer in selbstgewählter Einsamkeit, lebte der Mensch Ibsen. Zu Latendrang erwacht er erst als Dichter. Dann erhebt ihn ein Rausch, der nichts Rebellhaftes hat, sondern der seinen Blick zu übernatürlicher Klarheit steigert, über einen engen, kleinsüchtigen Mistg, der den Menschen Ibsen sonst gefangen hält; dann stürzt er Welten, damit sie sich neu gebären können. Denn er zerstört nie, weil er an der Welt verzweifelt, sondern immer, weil er an sie glaubt. Die Enge der eigenen Menschlichkeit hat er in keinem Augenblick seines Daseins wirklich sprengen können; die hemmenden Mauern, die Kindheit und Jugendjahre um ihn errichtet hatten, waren zu fest. Aber der Dichter Ibsen überflog sie. Er lebte, wo immer er in der Welt seine Zelte aufschlug, seinem Wert und nur in ihm lebte er wirklich.

Ein Buch von Gerhard Gran „Henrik Ibsen“ (Brochhaus-Verlag) geht von dieser Erkenntnis aus. Ibsen ist hier in das Licht seiner Werte gesetzt. Der Mensch und sein Lebenslauf werden nur gelegentlich am Rande sichtbar. Gran bemüht sich um eine Biographie der geistigen Entwicklung; er verzichtet dabei bewußt auf eine chronologisch lückenlose Rekonstruktion des äußeren Lebenslaufes. Das gibt seiner Arbeit eine große einseitige Linie. Aber Gran gefällt sich häufig in Wiederholungen und Breiten, die den Umfang seines Buches unnötig steigern und dem Leser die Freude an der Lektüre manchmal etwas trüben.

Erna Büsing:

## Großkrach bei Pinguins'

In häßlicher, uns gar nicht gut ansehender Ueberheblichkeit netmenflichen wir immer die Tiere. Dadurch rauben wir den Tieren ihr Ich und uns selbst betrügen wir um ein inniges Verstehenlernen.

Doch sieht man Pinguine an, dann ist es, als ob sie sich als Generalexerziter der Tierwelt an unseren herablassenden Gedanken rächen. Die Pinguine stolzieren einher wie verleidete Menschen. Sie sehen mit ihrem fackelförmigen Körper, ihrer aufrechten Haltung und ihrem wackelnden Gang immer aus, als ob einem jungen Sproß am Baume des Menschengeschlechts etwas recht Menschliches zugestoßen sei. Sie rauben jeder Stimmung den Ernst und machen jede Situation komisch, weil sie stets an die Menschen erinnern.

Auch sind sie unbedingt friedlich, sobald sie satt sind und außerdem noch alles haben, was sie haben möchten.

Getreu diesen Grundtönen fast aller Bedewelen hausten friedfertig in der gleichen Tiergroße Herr Brillenpinguin und Frau und Herr Goldschopppinguin und Gemahlin. Sie schwammen, tauchten, ruberten und vergnügten sich als müßige Edenstehler, die das

Publikum scharf bedugten. Das Publikum wiederum sah sich „Die Pinguins“ an und diesseits und jenseits der Mauer war man vollauf befrichtigt.

Die Brillenpinguine saßen unten auf den Felsen, die Goldschopppinguine saßen wesentlich höher. Das gehörte zur streng eingehaltenen Etikette, die der Pinguinlebensgewohnheit in der Freiheit entsprach.

Plötzlich gehörte den Goldschopppinguinen allein Leben, Welt und Zukunft; denn Frau Goldschopppinguin hatte ein Ei gelegt. Voll Lebensfreude mit Gebuld vermischt brüteten abwechselnd Papa und Mama. Die Brillenpinguine hätten auch gerne geholfen, doch hielten die glücklichen Eltern unbedingt auf Kasseinheit und wintten energisch ab. Der vorsichtige Tiergärtner trennte sogar die Paare.

Als das blinde Junge da war, hieß entweder Papa oder Mama bei der primitiven Kunde, die ein Pinguin als Nest betrachtet, treue Wacht. Später gingen sie mit dem neugierigen, so voller Hoffnungen stehenden Daunenflöß herausfordernd stolz spazieren. Das kleine trennende Gitter war wieder gefallen und sie konnten recht freispurig ihr Glück den Brillenpinguinen zeigen. Die hatten unbedingt Bist im Blick.

Und auf einmal erschraf das Publikum, denn es war Großkrach unter „den Pinguins“. Vater Goldschopf machte einen derartig langen Hals, als sei er als ein mit Sprungfedern versehener Teufel plötzlich aus einem Kasten geschneilt und Mutter Goldschopf zeigte den Brillenpinguinen ihre ganze Verachtung und rutschte auf dem Bauch.

Was war denn aber geschehen? Nun, Brillenpinguins hatten in einem unbewachten Augenblick Goldschopppinguins das Kind gestohlen und gingen zärtlich mit ihm spazieren, als ob sie die rechtmäßigen Eltern seien.

Dieser Kindesraub gibt uns Menschen zu denken. Ob ein kinderliebendes Pinguinpaar sich das auch in der goldenen Freiheit erlaubt, wo es selbst für den Lebensunterhalt der Nachkommenschaft sorgen muß? Oder ob sich einen Kindesraub vielleicht nur gelangene Pinguine, diese Tierwesen in gesicherter Lebenshaltung, herausnehmen?

Dr. Lily Herzberg:

## Erforschung des Traums

Daß Träume einen Sinn haben, daß sie nicht willkürliche Tagesreste sind ohne jede Bedeutung, ein regelloses Kommen und Gehen von Gedankendrucksätzen, ein Austauchen und Verschwinden beliebiger Bilder — das wußten die alten Völker schon seit Jahrtausenden. Mit dem Aufkommen der Naturwissenschaften jedoch begann jene moderne Ueberheblichkeit, den Traum als wissenschaftlich nicht begreifbares Gebilde abzutun und ihn in das Bereich der Mystik oder des Aberglaubens zu verweisen. Erst dem 20. Jahrhundert war die Ehrenrettung des Traumes vorbehalten, den man nun als den vornehmsten Repräsentanten des neu entdeckten „Unbewußt Seelischen“ anerkennt. Man lernte begreifen, daß ein richtig gedeuteter Traum uns den Schlüssel zur Persönlichkeit eines Menschen zu liefern imstande ist und begann den „praktischen Wert der Traumdeutung“ richtig einzulösen. Dieses Problem bildete das Verhandlungsthema des diesjährigen 6. Allgemeinen ärztlichen Kongresses für Psychotherapie (vom 14. bis 17. Mai) in Dresden.

Unter welchen Umständen, so fragt C. G. Jung-Küsnadt, dem das Hauptreferat der Tagung zufiel, kann die Traumdeutung praktische Verwertung finden, und was vermögen wir aus einem richtig und vorsichtig gedeuteten Traum für die Kenntnisse eines fremden Seelenlebens zu entnehmen? Sehr einfach liege die Sache bei jenen klaren und durchsichtigen Träumen, wie sie sich nicht selten zu Beginn einer seelischen Behandlung einstellen. Wenn der Patient da etwas träumt, er sollte die Landesgrenze überschreiten, aber so viel er auch suchte, er vermochte sie nicht zu finden — so behorl es keines komplizierten Deutungsverfahrens, um zu erkennen, daß der Patient von seinem Arzte wegstrebt, weil er sich nicht mit dem Gedanken zu befreunden vermag, die Grenze in jenes unbekannte Land der Traumanalyse zu überschreiten, in das der Arzt ihn zu führen versucht. In der Tat hat jener Patient auch die Behandlung abgebrochen — eine Tatsache, die der Arzt auf Grund eines Traumes ohne weiteres hätte voraussehen können. Der gleiche Patient veruchte es nun mit einem andern Arzte. Aber auch diesmal scheint seine Wahl nicht glücklich gewesen zu sein. Wieder träumt er, daß er die Grenze überschreiten solle und sie nicht finde; er sieht aber ein Licht, dem er nachgeht; dazu muß er durch einen dunklen Wald. Da aber packt ihn jemand — sein Arzt — und er erwacht mit Angst. Auch diesmal bricht er die Behandlung ab, weil er das dunkle Gestrüpp der Geistesarbeit fürchtet, die er zu bewältigen hätte, bevor ihm ein Licht über seine Erkrankung aufgeht. Nun kommt der Patient zu Jung. Jetzt träumt er, die Grenze bereits überschritten zu haben und sich in einem schweizerischen Zollhaus zu befinden. Dort behauptet er, nichts mehr zu verzollen zu haben — soll heißen, er habe nichts mehr vor dem Arzte verstaßt, enthalte ihm keine verborgenen Gedanken vor. Der Zollbeamte (gemeint ist immer wieder sein augenblicklicher Arzt) gibt sich damit nicht zufrieden und zieht ihm auch wirklich zwei ganze Marktrayen aus der Tasche. Da sträubt sich der Patient nicht länger gegen die Behandlung; er löst sich von Jung überzeugen, daß dieser ihm helfen kann, daß er jene Geheimnisse, die ihn immerlich so belasten, aus ihm herausholen wird, und er sieht ferner ein, daß er sich ja auch gar nicht mehr im Ernst gegen die Behandlung sträubt — er hat doch im Traume die Grenze bereits überschritten.

Diese seltsame Traumserie zeigt klar und deutlich die Situation zwischen Arzt und Patient, die Stellungnahme des Kranken zu seinem Helfer, dem sie einen deutlichen Hinweis gibt, was er von seinem Patienten zu halten hat und wie sehr es an der Zeit ist, dessen Widerstand zu beseitigen. Der Arzt vermag also aus diesen Anfangsträumen, die sich zu Beginn einer seelischen Behandlung einzustellen pflegen und die dann noch sehr klar und durchsichtig sind, viel für die künftige Behandlung des Patienten zu lernen. Die späteren Träume sind meist viel komplizierter und entstellter, und sie sind es, die so viele Ärzte dazu verlocken, in ihre Patienten durch die Art der Fragestellung alles Mögliche hineinzuinterpretieren. Dieses Hineininterpretieren veranlaßt Jung, die Freudische Methode der „freien Einfälle“ zu verwerfen, die darin besteht, daß der Patient ausnahmslos alles äußert, was ihm zu seinem Traum einfallt — auch was ihm selber noch so unsinnig und entlegen erscheint. Jung setzt an die Stelle des freien Assoziierens seine beschreibende Methode, d. h. er läßt den Patienten jedes Traumstück ganz genau beschreiben, wie er es im Traume gesehen oder erlebt hat, und er hält seine Patienten an, zu Hause, bevor sie in die Sprechstunde des Arztes kommen, ihre Träume aufzuschreiben mit samt jenen Beschreibungen der einzelnen Teile. Dadurch will er die Patienten zur Vorsicht gegenüber ihren Träumen erziehen und die Ärzte verhindern, ihre eigenen Gedanken in die Patienten hineinzulegen. Denn nur bei gewissenhafter Deutung vermögen die Träume uns sicheren Aufschluß über die Gedanken und Strebungen eines Menschen und über die Struktur seines Seelenlebens zu geben, vermögen sie uns diagnostisch verwertbare Tatsachen zu vermitteln, die — so meint Jung — genau so eindeutig sein können wie physiologische Tatsachen, wie etwa der Umstand, daß die Zuckerauscheidung im Urin eine Zuckerkrankheit anzeigt oder Eiweißauscheidung eine Nierenkrankung.